

# Museumsprojekte mit europäischem Anspruch im Vergleich

---

## 7.1 Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

### 7.1.1 Geschichte

Bereits in den 1970er Jahren kamen erste Überlegungen auf, ein Zentralmuseum für die ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete in Osteuropa und ihr Ende durch Flucht und Vertreibung einzurichten. Diese Planungen wurden jedoch zugunsten der dezentralen Landesmuseen aufgegeben und aufgrund der politisch und kulturell stark föderalen Struktur der Bonner Republik nicht weiter verfolgt. Erst um die Jahrtausendwende erweckte der Bund der Vertriebenen mit der in Kapitel 5.1 beschriebenen Diskussion über das *Zentrum gegen Vertreibungen* diese Idee in neuer Form wieder zum Leben. Vorherige Überlegungen, das bereits seit den 1950er-Jahren existierende Mahnmal gegen Flucht und Vertreibung – die ewige Flamme am Theodor-Heuss-Platz in Berlin – um ein Dokumentationszentrum zu erweitern, verliefen im Sande, genauso wie die vorhandene bundesdeutsche Museums- und Denkmaltopographie an Flucht und Vertreibung in den Hintergrund geriet.<sup>1</sup> Diese vermeintliche Leerstelle konnte der BdV daher umso pronomierter vertreten.

Die nach der Bundestagswahl 2005 gebildete Koalition aus CDU/CSU und SPD sah in ihrem Koalitionsvertrag vor, »im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen« zu setzen, um »an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten«. Dies deckte sich mit der Position der das ZgV unterstützenden CDU/CSU-Fraktion, ein »Sichtbares Zeichen« gegen Vertreibungen in der Bundeshauptstadt zu errichten. Die SPD hingegen setzte die Zusammenarbeit mit dem von der vorherigen rot-grünen Regierung geförderten und 2004 gegründeten *Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität* (ENRS) durch, das eine internationale und nach Po-

---

<sup>1</sup> Vgl. Scholz: *Vertriebenendenkmäler*, 2015, S. 339-342, 350-359 sowie S. 363f. Vgl. Kap. 5.1, S. 202-206, 210-213.

len und Tschechien anschlussfähige Gestaltung gewährleisten sollte.<sup>2</sup> Die ursprünglich »beiden grundsätzlich gegenläufigen Positionen« fanden sich in diesem Kompromiss wieder.<sup>3</sup>

Die folgenden zwei Jahre waren von Stillstand geprägt.<sup>4</sup> Zum einen begleitete das von der SPD geführte Außenministerium die Planungen kritisch und zum anderen war die gewünschte Beteiligung Polens durch die neue, von der nationalkonservativen PiS geführte Regierung (2005-2007) unwahrscheinlich geworden.<sup>5</sup> Ein zentraler Konflikt-punkt war die Beteiligung des BdV und seiner Vorsitzenden Erika Steinbach. Neben der grundsätzlichen Kritik an dem Vorhaben sahen Kritiker des Projektes in Deutschland und fast alle Stimmen aus Polen und Tschechien in Steinbach eine ungeeignete Partnerin.<sup>6</sup> Ein fortwährender Einwand aus polnischer Perspektive war und ist, dass die Ergänzung der Berliner Erinnerungslandschaft durch ein solches »Sichtbares Zeichen« die Deutschen neben den Juden als die beiden Hauptopfer des Krieges erscheinen lassen würde. Wenn sich dies schließlich noch mit einem anklagenden Appell gegenüber Polen durch den ausschließlichen Fokus auf die Vertreibung der Deutschen verbände, in dem Polen und Tschechen zwangsläufig primär als Täter auftauchten, sei die Institution überhaupt nicht mehr hinnehmbar.<sup>7</sup>

Mit der *Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen*, finanziell ausgestattet durch private Spenden sowie durch einige von der CDU/CSU regierte Bundesländer, verfügte der BdV über ein geeignetes Mittel zur politischen Einflussnahme. Die beginnenden Ausstellungsaktivitäten des ZgV sowie die in den Raum gestellte Ankündigung, notfalls eigenständig und ohne staatlichen Einfluss ein Museum errichten zu wollen, erhöhten den Handlungsdruck auf die Bundesregierung. Mit dem Machtwechsel in Polen 2007 und dem Vorsatz des neuen polnischen Premierministers Donald Tusk, das geschichtspolitische Verhältnis zu Deutschland zu entspannen, sah man in Deutschland die Chance für eine »wohlwollende Neutralität« – auch wenn die polnische Regierung bei ihrer Ablehnung des deutschen Projektes blieb.<sup>8</sup> Sowohl in Polen wie auch in Tschechien äußerte man weiterhin grundsätzliche Vorbehalte. Der tschechische Vizepremierminister Alexandr Vondra ergänzte die Ablehnung einer Beteiligung der tschechischen Regierung damit, dass es sich bei der Einrichtung um »[...] kein Institut [handele], wo wir leicht einen Kompromiss finden können, der für beide Seiten ange-

2 Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, 2005, S. 114. Hesse; Purpus: Monuments and Commemorative Sites for German Expellees, 2010, S. 48f. Vgl. Benz: Zur Debatte, 2008.

3 Franzen: Der Diskurs als Ziel? 2008, S. 26.

4 Vgl. Völkering: Die Musealisierung der Themen Flucht, Vertreibung und Integration, 2010, S. 75. Völkering sieht die Ursache dafür darin, dass der Kompromiss des Koalitionsvertrages schließlich ein »begrifflich nebulöses Gebilde« geschaffen habe, dessen Ausgestaltung weitere Diskussionen nach sich ziehen musste.

5 Vgl. Troebst: The Discourse on Forced Migration and European Culture of Remembrance, 2012, S. 402.

6 Siehe Kap. 5.1, S. 210 und Kap. 5.2, S. 232.

7 Vgl. Wiliński: Stosunki polsko-niemieckie w latach 1982-1991, 2007, S. 174.

8 Siehe: Hołub: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2014, S. 108. Vgl. Traba; Żurek: »Vertreibung« oder »Zwangsumsiedlung«? 2015, S. 342.

nehm ist [...]« und dass sich die tschechische Regierung eine Kommentierung nach der Fertigstellung vorbehalte.<sup>9</sup>

Der polnische Premierminister Tusk schlug als gemeinsame Alternative die vom Historiker Paweł Machcewicz entwickelte Idee eines »Museums des Zweiten Weltkrieges« in Danzig vor, das zusammen mit den anderen Zwangsmigrationen des Zweiten Weltkrieges auch die der Deutschen in einem angemessenen Rahmen zeigen sollte. Andere Stimmen aus Polen empfahlen – wenn sich ein solches Zentrum schon nicht verhindern ließe – dieses gemeinsam mit Tschechien durch eine aktive Beteiligung zu überwachen und zu beeinflussen.<sup>10</sup> In Folge der Planungen für das MIIW unterblieb die zunächst von Polen angestrebte Revitalisierung des ENRS als Alternative und erfolgte erst später unter anderen Vorzeichen.<sup>11</sup>

Eine Kooperation auf dieser Basis erschien der Bundesregierung jedoch zu weit entfernt vom Konzept des »Sichtbaren Zeichens«, sodass sie sich schließlich für ein unilaterales Vorgehen entschied.<sup>12</sup> Im März 2008 veröffentlichte sie eine erste Konzeption für das »Sichtbare Zeichen«, die den künftigen inhaltlichen und organisatorischen Rahmen der Institution absteckte. Mit einer Dauer- und regelmäßigen Wechselausstellungen, der Durchführung von Veranstaltungen und einer internationalen Vernetzung sollte das Dokumentations- und Informationszentrum die Flucht und Vertreibung der Deutschen »vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik ausreichend« und im Kontext »europäischer Vertreibungen im 20. Jahrhundert« darstellen. Auch aktuelle Zwangsmigrationen sollten in der Arbeit thematisiert werden. Ebenso wurde der Auftrag postuliert, die Geschichte gemeinsam mit den Nachbarn aufzuarbeiten und so »zur Versöhnung« beizutragen.<sup>13</sup> Als eine Grundlage der künftigen Dauerausstellung sah das Papier die Ausstellung *Flucht, Vertreibung, Integration* des Hauses der Geschichte von 2005.<sup>14</sup>

In dem Konzept wurde weiter der organisatorische Kompromiss gefunden, die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung als unselbstständige Einheit unter der Trägerschaft des Deutschen Historischen Museums einzurichten. Ende 2008 war der Weg frei für das Gründungsgesetz, das der Deutsche Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP bei Enthaltung von *Bündnis 90/Die Grünen* und Ablehnung der Partei *Die Linke* durch den Deutschen Bundestag annahm.<sup>15</sup> Im In- und Ausland sowie vom BdV selbst wurde dieser Schritt nach den jahrelangen Kämpfen als Erfolg für den

9 »Chceme si ponechat svobodu to komentovat, až to bude hotové. Není to institut, kde bychom snadno nalezli kompromis komfortní pro obě strany.« Černý; Ehl: Německé centrum o vysídlování vznikne, Poláci a Češi vyčkávají. *Hospodářské noviny*. 20.03.2008.

10 Ehl: Tusk uhlazoval vztahy s Berlínem. *Hospodářské noviny*. 12.12.2007.

11 Vgl. Troebst: Towards a European Memory of Forced Migration? 2016, S. 240. Vgl. Kap. 5.2, S. 238.

12 Vgl. Troebst: Towards a European Memory of Forced Migration? 2016, S. 240.

13 Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien: Konzeption, 2008, S. 1.

14 Siehe Kap. 5.1, S. 212f. Vgl. Assmann: Geschichte im Gedächtnis, 2007, S. 147f.

15 Deutscher Bundestag: Gesetz zur Errichtung einer Stiftung »Deutsches Historisches Museum« (DHMG). 21.12.2008, Fassung vom 14.06.2010. Die Grünen sahen den Kompromiss grundsätzlich positiv, enthielten sich jedoch aufgrund noch »ungeklärter Fragen« der Stimme. Die Linke kritisierte die Verortung der Stiftung in Berlin sowie den zu großen Einfluss des BdV auf ihre Arbeit: Beer: Flucht und Vertreibung der Deutschen, 2011, S. 155f. Siehe für die Perspektive der Partei *Die Linke*: Jochimsen: Die linke Gegenstimme zu: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, 2009, S. 90f.

BdV bewertet, der sich gegen die äußeren und inneren Widerstände schließlich mit seiner Forderung nach einem zentralen Erinnerungsort durchgesetzt habe.<sup>16</sup> Andere Stimmen wiesen daraufhin, dass mit dem »unusual step of taking responsibility« für ein solches Vorhaben durch die Bundesregierung der BdV als entscheidender Gestalter dieses Ortes ausgeschaltet wurde, wie unter anderem der in das Vorhaben involvierte damalige Vizepräsident des Deutschen Bundestages Wolfgang Thierse (SPD) konstatierte.<sup>17</sup>

Diese Erkenntnis wurde in den nächsten Jahren allerdings noch überdeckt durch die Kontroversen um die symbolpolitisch aufgeladene Frage der Mitgliedschaft Erika Steinbachs im Stiftungsrat der SFVV. Die SPD war unter Hinweis auf die im Ausland nicht vermittelbare Beteiligung Steinbachs an dem Museumsprojekt nicht bereit, ihrer Entsendung in den Stiftungsrat zuzustimmen.<sup>18</sup> Die vom BdV nominierten Vertreter mussten laut der Gesetzesfassung von 2008 von der Bundesregierung bestätigt werden. Aus Protest und in der Hoffnung auf eine neue politische Konstellation nach den nächsten Bundestagswahlen ließ der BdV den Sitz zunächst vakant bleiben.<sup>19</sup> In Polen wurden diese Vorgänge 2008 bis 2010 nach den langwierigen Diskussionen um das ZgV erneut intensiv und kritisch verfolgt.<sup>20</sup>

Zum Leiter der SFVV wurde 2009 der von Kritikern als nationalkonservativ eingeschätzte Regensburger Historiker Manfred Kittel berufen, dessen bisherige wissenschaftliche Arbeiten zum Themenkomplex Flucht und Vertreibung zum Teil kontrovers besprochen wurden.<sup>21</sup> Aufsehen erregte sein 2007 erschienenes Buch zur Erinnerungskultur der Bonner Republik mit dem Titel »Vertreibung der Vertriebenen?«<sup>22</sup> In dem auch für die vorliegende Arbeit herangezogenen Werk argumentiert er jedoch wesentlich differenzierter, als ihm vorgehalten wurde.<sup>23</sup> Die Entscheidung für Kittel als Leiter wurde vom BdV begrüßt.<sup>24</sup>

Nach den Bundestagswahlen im Herbst 2009 bildete sich die neue Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP. Überraschend für den BdV wandte sich der neue Außenminister Guido Westerwelle (FDP), ebenso wie vormals die SPD, unter Verweis auf die außenpolitische Wirkung gegen die Personalie Erika Steinbach.<sup>25</sup> In Polen gilt Erika Steinbach

16 Vgl. Beer: Flucht und Vertreibung der Deutschen, 2011, S. 145.

17 Vgl. Eckersley: Walking the Tightrope between Memory and Diplomacy? 2016, S. 116f. So auch: Nellehiebel: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2016, S. 526f.

18 Grav: Für Polen geht es um mehr als nur um Steinbach. *Die Welt*. 26.02.2009.

19 Vgl. dazu die Ausführungen von Erika Steinbach und die Motivlage des BdV: Steinbach: Die Macht der Erinnerung, 2010, S. 112-115.

20 Vgl. dazu die beiden Veröffentlichungen von: Wagińska-Marzec: Konflikt wokół Widocznego Znaku w świetle prasy polskiej, 2009. Sowie: Mazur: Widoczny Znak (2005-2009), 2009.

21 Vgl. zur Person Manfred Kittels und seinem bisherigen wissenschaftlichen Wirken kritisch: Nellehiebel: Die Entkopplung von Krieg und Vertreibung, 2010, S. 54-69.

22 Kittel: Vertreibung der Vertriebenen? 2007.

23 Vgl. beispielsweise die Bezüge auf sein Buch im Kapitel 4.1 dieser Arbeit, z.B. S. 153f.

24 Vgl. die Pressemitteilung: *Bund der Vertriebenen*: Die Weichen sind richtig gestellt. 07.07.2009.

25 Gessler: Regierung und Vertriebene einigen sich. *taz*. 11.02.2010. Vgl. Steinbach: Die Macht der Erinnerung, 2010, S. 115f. In Tschechien erinnerte man sich 2010 noch gut an eine Äußerung Steinbachs von 1998, dass die Tschechen im Zweiten Weltkrieg »kaum gelitten haben«: Kontroverzní šéfka Svazu vyhnanců dostane Karlovu cenu. *Aktuálně.cz*. 18.03.2010. Vgl. für die mediale Diskus-

durch ihre zum Teil als aggressiv und undiplomatisch wahrgenommenen Äußerungen diesem Land gegenüber ebenso wie durch ihre Position gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze 1990 als *persona non grata*, zumindest als Vertreterin für eine glaubwürdige Aussöhnung.<sup>26</sup> Nur wenige polnische Stimmen warnten vor der kontraproduktiven Einmischung in die deutsche Debatte, da diese zum Teil als unverständlich oder überzogen wahrgenommen werden könnte. Wichtiger sei es, die Diskussion gemeinsam anhand konkreter Fragen der Geschichte mit der Zielsetzung der Versöhnung zu führen.<sup>27</sup>

Die folgende monatelange politische Auseinandersetzung belastete das Stiftungsprojekt erneut erheblich. Die Verweigerung eines schnellen Kompromisses durch den BdV sollte sich insofern für diesen auszahlen, als Erika Steinbach im Frühjahr 2010 durch ihren Verzicht auf einen Sitz im Stiftungsrat eine Änderung des Stiftungsgesetzes durchsetzen konnte.<sup>28</sup> Mit dieser vergrößerte sich der Stiftungsrat von 13 auf 21 Personen und der Anteil der BdV-Vertreter überproportional von drei auf sechs. Ebenso sollten nun die Stiftungsratsmitglieder durch den Bundestag bestimmt und das Budget sowie die vorgesehene Ausstellungsfläche der Stiftung von 2200 auf 3000 Quadratmeter deutlich erweitert werden.<sup>29</sup>

Allerdings führte die sich hinziehende Kontroverse auch dazu, dass sich diverse Mitglieder aus dem Stiftungsrat und dem wissenschaftlichen Beraterkreis zurückzogen, darunter die Vertreter aus Tschechien und Polen.<sup>30</sup> Der Zentralrat der Juden ließ seine Mitgliedschaft im Stiftungsrat ruhen, nachdem umstrittene, bereits länger zurückliegende Äußerungen zur Kriegsschuldfrage durch zwei BdV-Mitglieder des Stiftungsrates in den Medien diskutiert wurden.<sup>31</sup> Der polnische Historiker Tomasz Szarota, der den Beraterkreis im Dezember 2009 verlassen hatte, äußerte sich pointiert kritisch:

---

sion um Erika Steinbach in Polen: Wagińska-Marzec: Konflikt wokół Widocznego Znaku w świetle prasy polskiej, 2009, S. 94, 119. Vgl. auch den Nachruf auf Westerwelle in der *Gazeta Wyborcza*, der seinen Einsatz für die deutsch-polnischen Beziehungen u.a. durch das Eintreten gegen Steinbach und das ZgV hervorhebt: Wielński: Gdy Guido Westerwelle kierował niemiecką dyplamacją, zarzucano mu naiwność. *Gazeta Wyborcza*. 18.03.2016.

- 26 Vgl. Hołub: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2014, S. 108. Kap. 5.1, S. 198; Kap. 5.2, S. 241.
- 27 Vgl. Garczewski: Die Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« als politisches Problem in den deutsch-polnischen Beziehungen, 2011, S. 211.
- 28 Vgl. Nelhiebel: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2016, S. 527f. In Polen waren die Meinungen dazu zwiegespalten: Zum einen sah man den Verzicht Steinbachs als Erfolg und den Weg für eine Beruhigung der Debatte gegeben, zum anderen sahen einige Stimmen hierin vielmehr einen Triumph des BdV: Hołub: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2014, S. 109.
- 29 Gessler: Regierung und Vertriebene einigen sich. *taz*. 11.02.2010. Vgl. zur Sicht des BdV auf die Verhandlungsergebnisse: Steinbach: Die Macht der Erinnerung, 2010, S. 119-123.
- 30 Kellerhoff: Dauerstreit bei der Versöhnung. *Die Welt*. 14.03.2010. Vgl. zur Begründung des Rücktritts der tschechischen Historikerin Kristina Kaiserová: Češka opustila nadaci vysílenecého centra v Berlíně. *Česká televize*. 09.03.2010.
- 31 Kellerhoff: Zentralrat stoppt Mitarbeit in Vertriebenen-Stiftung. *Die Welt*. 06.09.2010. Vgl. dazu die Stellungnahme der Bundesregierung: *Bundesregierung*: Neuer Stiftungsrat der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung nimmt Arbeit am 25. Oktober auf. 06.09.2010. Vgl. für die Perspektive Erika Steinbachs auf die Vorgänge und Vorwürfe: Steinbach: Flucht, Vertreibung, Mahnung, 2016, S. 226-228. Siehe auch: Nelhiebel: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2016, S. 528-530.

Die polnische Beteiligung im wissenschaftlichen Beraterkreis sah er als bloßes »Feigenblatt«, zumal keine tatsächliche, wissenschaftliche Diskussion über die Ausrichtung der Stiftung geführt würde und politische Erwägungen im Vordergrund stünden. Die Darstellung der polnischen Zwangsmigrationen bewertete er als eine Form von Trostpreis. Das ganze Vorhaben würde zudem gar nicht der deutsch-polnischen Versöhnung dienen, sondern den nationalen deutschen Diskurs befrieden und nicht zuletzt die zwei Millionen Wählerstimmen der Vertriebenen anvisieren. Die Beteiligung polnischer Historiker am Wissenschaftlichen Beraterkreis lehnte er daher als sinnlos und kontraproduktiv ab.<sup>32</sup> Diese später so ähnlich wiederholte Argumentation zeigt auf, warum für polnische Historiker eine Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Beraterkreis schwierig ist und war, zumal auch das polnische Außenministerium umgehend mitteilte, »dass die Mitgliedschaft beider polnischer Historiker im Wissenschaftlichen Beraterkreis der Stiftung einen rein privaten Charakter habe«.<sup>33</sup> Krzysztof Ruchniewicz, zeitweise Mitglied des Wissenschaftlichen Beraterkreises, verteidigte hingegen die Mitgliedschaft polnischer Historiker, da man ansonsten jeglichen Einfluss verlieren würde.<sup>34</sup>

Als ein Beitrag zur inhaltlichen Diskussion und als Gegenentwurf zur geplanten Ausrichtung der SFVV wurde von einer Historikergruppe um Martin Schulze Wessel, unterstützt von der *Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission* sowie der *Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission*, im September 2010 ein alternatives Konzept für die Stiftung vorgestellt.<sup>35</sup> In diesem sollten Flucht und Vertreibung zentral um die NS-Expansions- und Vernichtungspolitik gruppiert, eine klare Trennung vom Genozid vorgenommen sowie zugleich Formen von simplifizierenden Opfer-Täter-Mustern aufgebrochen und die Wechselwirkungen der Gewalt thematisiert werden. Ebenso betonte das Papier die kausalen Zusammenhänge der Zwangsmigrationen, so zum Beispiel die Zwangsaussiedlung der Polen aus den *kresy* und den damit verbundenen Vertreibungsdruck auf die deutsche Bevölkerung. Heterogenen Besuchergruppen mit ebenso unterschiedlichen Erfahrungen müsste durch eine prononciert multiperspektivische Gestaltung begegnet werden. Auch in der Vorstellung dieser Autoren sollte die Vertreibung der Deutschen der Schwerpunkt der Ausstellung sein, aber nicht ausschließlich im Fokus stehen, schließlich müsste auch hier an die Kontinuitäten zu jüngsten Zwangsmigrationsphänomenen sowie an die aktuelle Lebenswelt der Besucher angeknüpft werden.<sup>36</sup>

<sup>32</sup> Siehe: Raabe; Velder: »Flucht, Vertreibung, Versöhnung«, 2010.

<sup>33</sup> Ebd.

<sup>34</sup> Ebd.

<sup>35</sup> Schulze Wessel; Franzen et al.: Konzeptionelle Überlegungen für die Ausstellungen der »Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung«, 2010. Siehe zum Alternativkonzept kritisch: Scheliha: Forum: Diskussionsbeitrag zum Konzept für die Ausstellungen der »Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung«, 2010. Vgl. Nelhiebel: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2016, S. 531f.

<sup>36</sup> Siehe dazu die Ausführungen des Mitautors des Papiers: Völkerling: »Flucht und Vertreibung« ausstellen – aber wie? 2011, S. 13-20.

Kurz darauf erschien am 25. Oktober 2010 das von Kittel entworfene Eckpunktepapier für die Arbeit der Stiftung.<sup>37</sup> Sowohl bei Historikern als auch in der medialen Berichterstattung trafen diese Überlegungen auf Kritik bis hin zu scharfem Widerspruch.<sup>38</sup> Die Argumente gegen das Papier ähnelten über weite Strecken denen gegen das Zentrum gegen Vertreibungen, also eine vermeintlich mangelhafte Kontextualisierung des Vertreibungsgeschehens durch die nationalsozialistischen Verbrechen sowie eine Fokussierung auf deutsche Opfer.<sup>39</sup> In Polen kritisierte man unter anderem die als unangemessen empfundene Parallelisierung der deutschen Vertreibungen mit dem Völkermord an den Armeniern.<sup>40</sup>

Die tatsächlichen inhaltlichen Unterschiede zwischen dem Alternativkonzept und Kittels Überlegungen waren allerdings bei nüchterner Betrachtung weniger eklatant und beschränkten sich hauptsächlich einerseits auf die »Eingrenzung und Fokussierung des Themas und die breitere vergleichende Darstellung andererseits«. Die Kritik an dem Eckpunktepapier ebbte wieder ab und die Diskussion endete schließlich ergebnislos.<sup>41</sup> Der neue und erweiterte Wissenschaftliche Beraterkreis konstituierte sich unter dem Vorsitz von Stefan Troebst im Januar 2011.

Am 25. Juni 2012 verabschiedete der Stiftungsrat der SFVV einstimmig das 46-seitige Konzeptionspapier für die künftige Arbeit der Stiftung und inhaltliche Ausrichtung der geplanten Dauerausstellung.<sup>42</sup> Es sieht die Schwerpunkte der künftigen Dauerausstellung bei der Thematisierung der Zwangsmigration während des Zweiten Weltkrieges und damit verbunden »Besatzungsterror, Zwangsmigration und Völkermord als Teil der NS-Herrschaft« ebenso wie Zwangsmigrationen unter sowjetischer Herrschaft. Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges bilden den Schwerpunkt. Dazu ist geplant, den Erfahrungen der Flüchtlinge nach der Vertreibung Raum zu geben und schließlich Versöhnungsinitiativen und Ideen zu einer europäischen Erinnerungskultur vorzustellen.<sup>43</sup>

Deutlich erkennbar ist aber ein möglichst umfassender und chronologischer Ansatz, der die Vertreibung der Deutschen einbettet »in den Kontext europäischer Vertreibungen im 20. Jahrhundert« und einen »allgemeinen Überblick über mehr als dreißig vertriebene ethnische Gruppen in Europa« vermittelt.<sup>44</sup> Es sollen die Entwicklung des ethnischen Nationalismus ebenso wie die Minderheitenproblematiken des 19. und

37 Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Eckpunkte für die Arbeit der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und die geplante Dauerausstellung, 2010. Vgl. zur kritischen Diskussion des Eckpunktepapiers: Völkering: »Flucht und Vertreibung« ausstellen – aber wie? 2011, S. 10-13.

38 Rüland: Vertriebenen-Debatte treibt Keil zwischen Forscher. *Die Welt*. 30.09.2010.

39 Vgl. hierzu beispielsweise das wissenschaftliche Online-Diskussionsforum: H-Soz-Kult: Diskussionsforum »Vertreibungen aussstellen. Aber wie?«, 2010.

40 Siehe: Hołub: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2014, S. 111.

41 Raabe; Velder: »Flucht, Vertreibung, Versöhnung«, 2010. Kittel selbst konstatierte, dass es zwischen den beiden Konzepten »eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten« gebe – Rüland: Vertriebenen-Debatte treibt Keil zwischen Forscher. *Die Welt*. 30.09.2010.

42 Siehe: *Bundesregierung*: Inhaltliches Fundament der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung veröffentlicht. 29.08.2012.

43 Kittel et al.: Konzeption, 2012, S. 1f.

44 Ebd., S. 10f.

frühen 20. Jahrhunderts als mögliche Voraussetzungen von Flucht und Vertreibung thematisiert werden, wobei die Autoren »teleologische [...] Erklärungen« vermeiden möchten.<sup>45</sup> Hiermit bezieht Kittel den europäischen Ansatz des ZgV sowie die Betonung des Nationalismus als Ursache der Vertreibung ein und distanziert sich von einer Zwangsläufigkeit oder Rechtfertigung derselben.

In Kittels Konzept von 2012 sollen die einzelnen Vertreibungen in der Gesamtschau in ihren individuellen historischen Zusammenhängen kontextualisiert und durch die intensive Auseinandersetzung mit der Etablierung des Nationalsozialismus in Deutschland, den Auswirkungen des Antisemitismus sowie der ›Volksgemeinschafts‹-Idee und der expansiven Rassenideologie sowie den Besetzungs- und Kriegsverbrechen eingegliedert werden.<sup>46</sup> Ebenso sahen die Planungen die Herausstellung von Polen als spezifischem Opfer nationalsozialistischer Rassen- und Vernichtungspolitik, verbunden mit der Vertreibung von »über eineinhalb Millionen Polen seit September 1939 durch das nationalsozialistische Deutschland«, vor.<sup>47</sup>

Flucht und Vertreibung der Deutschen sollen in ihren verschiedenen Phasen inklusive der Evakuierungen, der Deportationen und des tschechoslowakischen, polnischen und sowjetischen Lagerwesens dargestellt werden.<sup>48</sup> Bei der Beschäftigung mit Ankunft und Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen distanziert sich das Konzeptionspapier vom Narrativ der schnellen und unproblematischen Eingliederung, stattdessen wird im Sinne der »Kalten Heimat« auf Probleme, aber auch auf Erfolge hingewiesen. Damit verbunden wird ein Vergleich zwischen der Bundesrepublik und der DDR.<sup>49</sup> Der im Stiftungsgesetz angelegten Aufgabe der Versöhnung im Sinne einer europäischen Einigung wird mit dem Versprechen einer »kooperativen Aufarbeitung der Geschichte« begegnet.<sup>50</sup> Weiter sieht das Konzept vor, dass die Stiftung nicht nur die jüngsten Vertreibungen auf dem Balkan ausstellt, sondern auch gegenwärtige Zwangsmigrationen diskutiert und so an das aktuelle Zeitgeschehen anknüpft. Dabei falle ihr die Rolle eines Mahners zu.<sup>51</sup>

Im Gegensatz zu 2010 blieb eine Diskussion über das Papier in Deutschland weitgehend aus. Auch in Polen und Tschechien wurde es nicht weiter kontrovers diskutiert, was vermutlich auch durch die grundlegend gleichbleibende Argumentationslage bedingt war. In einem Interview äußerte sich der polnische Historiker Krzysztof Ruchniewicz verhalten positiv über das Konzept von 2012: Als vorteilhaft hob er hervor, dass es dem »Prinzip der Ursache-Wirkung« gerecht werden und die Vorgeschichte der Vertreibung mit den verbrecherischen, totalitären Regimes des Dritten Reiches und der Sowjetunion darstellen würde. Die Behandlung der polnischen Opfer von Vertreibung

45 Kittel et al.: Konzeption, 2012, S. 18, 22-25.

46 Ebd., S. 28-34. Schon 2010 machte Kittel deutlich: »Dabei ist klar, dass die jeweiligen Vertreibungs-vorgänge in ganz unterschiedlichen politischen und ideologischen Kontexten mit je eigenen Ausprägungen von Gewalt standen« – Kittel: Das Ausstellungs- und Dokumentationszentrum, 2010, S. 140.

47 Kittel: Das Ausstellungs- und Dokumentationszentrum, 2010, S. 140.

48 Kittel et al.: Konzeption, 2012, S. 32-40.

49 Ebd., S. 41-44.

50 Ebd., S. 7.

51 Ebd., S. 44-46.

und Deportation sah er als Novum für den künftigen deutschen Besucher der Ausstellung an. In Hinblick auf die Frage, ob die Ausstellung nicht doch so konstruiert sein könnte, »dass die Schuld der Deutschen minimiert« und diese zum Opfer gemacht würden, antwortete er, dass die Aufsicht durch den wissenschaftlichen Beraterkreis sowie weitere internationale Kooperationen dies verhindern sollten.<sup>52</sup> Nelhiebel kritisierte hingegen 2016 die Konzeption von 2012 wegen einer ahistorischen, die konkreten Zusammenhänge verzerrenden Fokussierung auf die Vertreibung, einer Umkehr der Täter-Opfer-Rollen und einem Ausblenden deutscher Verbrechen. Letztlich widersprechen diese Darstellung, in der »nationale Homogenisierungsversuche« als das vermeintlich »prägende Merkmal« des 20. Jahrhunderts erscheinen, »den Lebenserfahrungen von Millionen Europäern«, deren Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg eine ganz andere sei.<sup>53</sup>

Die Vertriebenenvertreter äußerten sich positiv über die konzeptionellen Leitlinien.<sup>54</sup> Die Vermutung, dass nun eine Beruhigung des Diskurses eingetreten sei, war jedoch verfrüht. Zunächst aber konstatierte die linksliberale *taz* 2012 bezüglich einer von der SFVV veranstalteten Buchvorstellung von Ray M. Douglas' *Ordnungsgemäßer Überführung*:

»Das Thema deutsche Vergangenheit scheint nur noch bedingt skandalisierbar zu sein. Dass die Stiftung ›Flucht, Vertreibung, Versöhnung‹ vor ein paar Tagen fast ohne öffentliches Echo ein Konzept für ihre lange hart umkämpfte Dauerausstellung präsentierte, passt ins Bild. Konsens überall.«<sup>55</sup>

Am 11. Juni 2013 erfolgte die Grundsteinlegung für die Umbauten am Deutschlandhaus. Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte sich bei ihrer Rede in Bezug auf die bundesrepublikanische Erinnerungslandschaft und Flucht und Vertreibung in Anlehnung an die Vorstellung, dass das Thema bisher nicht ausreichend berücksichtigt worden sei:

»Mit den Umbauten und der künftigen Dauerausstellung wird sich eine Leerstelle in der Museums- und Erinnerungslandschaft unseres Landes schließen. Debatten über das Thema Vertreibungen wird es auch künftig geben – und es muss sie auch geben; das ist geradezu Sinn und Zweck des Deutschlandhauses.«<sup>56</sup>

Zu diesem Zeitpunkt war noch eine Eröffnung der Dauerausstellung für das Jahr 2015 vorgesehen.<sup>57</sup> Im Oktober 2013 tagte der Wissenschaftliche Beraterkreis der SFVV in Danzig und besuchte gemeinsam mit Mitarbeitern der Stiftung die Geschäftsstelle des

52 Wieliński: Muzeum wyciszy spór o wypędzonych. *Gazeta Wyborcza*. 31.08.2012. Vgl. Hołub: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2014, S. 111f.

53 Nelhiebel: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2016, S. 533f.

54 Vgl. die Pressemitteilung des BdV: *Bund der Vertriebenen*: BdV-Präsidentin Erika Steinbach MdB begrüßt Konzeption der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung. 31.08.2012.

55 Reinecke: Die Front weicht auf. *taz*. 05.09.2012.

56 Rede von Bundeskanzlerin Merkel bei Baubeginn eines Dokumentationszentrums der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung im Deutschlandhaus am 11. Juni 2013.

57 Romaniec: Baubeginn für das Vertriebenen-Zentrum. *Deutsche Welle*. 12.06.2013.

im Aufbau befindlichen *Museum des Zweiten Weltkrieges* mit einer Präsentation durch Paweł Machcewicz und den stellvertretenden Direktor Piotr M. Majewski.<sup>58</sup>

Im Herbst 2014 trat die Stiftung im Deutschen Historischen Museum mit einer selbst kuratierten Werkstattausstellung sowie einer griechischen und von der Europäischen Union geförderten Wanderausstellung über Zwangsmigration mit dem Titel »Twice a Stranger« an die Öffentlichkeit. Beide riefen erhebliche inhaltliche Kritik hervor. Ähnlich wie schon bei den Debatten zuvor, entzündete sich diese an einer einseitigen Fokussierung auf die Vertreibung der Deutschen, falschen Opferzahlen und einer vermeintlich mangelnden Kontextualisierung durch den von Deutschland ausgelösten Zweiten Weltkrieg. Ein weiterer Kritikpunkt waren einige der ausgestellten Fotografien: So dienten in der Ausstellung NS-Propagandaaufnahmen als vermeintlich authentische Bilder von Flucht und Vertreibung. Verantwortlich für diese Schwächen ebenso wie für ein intransparentes Vorgehen und mangelnde Kooperation mit dem Wissenschaftlichen Beraterkreis wurde der Direktor Manfred Kittel gemacht.<sup>59</sup>

Auch polnische Medien kritisierten die Ausstellung unmittelbar und sahen die Verantwortung für eine weitere Beschädigung der deutsch-polnischen Beziehungen bei Kittel:

»Eine lange Zeit in den polnisch-deutschen Beziehungen gab es keinen solchen Groll wie diesen, der von Prof. Manfred Kittel verursacht wurde, Direktor des von der Bundesregierung gegründeten Museums der Vertreibung in Berlin. Kürzlich zeigte er den Grundriss der von ihm geschaffenen Ausstellung. Daraus ergab sich, dass die vertriebenen Deutschen aus Schlesien, Pommern und dem Sudetenland die einzigen Opfer des Krieges waren. Über das, was die Deutschen vor 1945 in Polen taten, wurde kein Wort verloren.«<sup>60</sup>

Jedoch wies die *Gazeta Wyborcza* in Hinblick auf die kritische deutsche Diskussion positiv darauf hin, dass sich die so beschriebene Darstellung in Deutschland scheinbar nicht mehr durchsetzen ließe. Daher sei es angemessen und notwendig, dass auch die polnischen Vertreter, die für ihre Tätigkeit im Wissenschaftlichen Beraterkreis in Polen angegriffen wurden, das Vorhaben weiter kritisch und aufmerksam begleiten.<sup>61</sup>

Unter Bezugnahme auf die erhobene Kritik erklärten schließlich 14 von 15 Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beraterkreises Manfred Kittel ihr Misstrauen und fassten ihre Haltung in einem Brief an die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Moni-

58 Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Wissenschaftlicher Beraterkreis tagt in Danzig. 18.10.2013.

59 Vgl. Nelhiebel: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2016, S. 535-537. Nelhiebel ist selbst einer der präzisesten Kritiker Kittels.

60 »Dawno w stosunkach polsko-niemieckich nie było takiego zgrzytu jak ten, który wywołał prof. Manfred Kittel, dyrektor założonej przez niemiecki rząd fundacji budującej w Berlinie muzeum wypędzonych. Niedawno pokazał zarys wystawy, jaką tworzy. Wynikało z niego, że wypędzeni Niemcy ze Śląska, Pomorza czy Sudetów to wyłącznie ofiary wojny. O tym, co Niemcy robili w Polsce przed 1945 r., nie padło ani słowo.« Wieliski: Bez skandalu w muzeum wypędzonych. *Gazeta Wyborcza*. 20.11.2014.

61 Ebd.

ka Grüters, zusammen.<sup>62</sup> Erneut wurde die Frage diskutiert, inwiefern »Flucht und Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg «ein» oder «der» Schwerpunkt der künftigen Dauerausstellung sein solle.«<sup>63</sup> Ergänzend kam nach Troebst hinzu, dass ein fortwährendes Spannungsverhältnis zwischen dem international aufgestellten Wissenschaftlichen Beraterkreis und dem deutschen Stiftungsrat bestand.<sup>64</sup> Im Dezember 2014 erfolgte schließlich der Rücktritt von Manfred Kittel als Direktor der SFVV.

In Folge der »Flüchtlingskrise« nach dem Spätsommer 2015 häuften sich die politischen Forderungen, die Konzeption der Stiftung in Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen anzupassen. So äußerte sich die Abgeordnete der Partei *Die Linke* Sigrid Hupach am 18. Dezember 2015 im Bundestag: »Die Stiftung muss inhaltlich neu positioniert werden und die aktuellen Bezüge zu Flucht und Vertreibung aufnehmen.«<sup>65</sup> Stimmen der Mitte verwiesen auf die notwendige Beachtung von Unterschieden ebenso wie von Gemeinsamkeiten und betonten die Chance, dass sowohl Empathie für die Notsituation der heutigen Flüchtlinge gewonnen, aber auch das historische Thema erneut stärker in der Gesellschaft diskutiert werden könnte. Das entspräche auch dem länger gehegten Wunsch vieler verbliebener Zeitzeugen und der Verbände.<sup>66</sup>

Dem Rücktritt Kittels schloss sich eine längere Interimsphase an. Die Ausschreibung der Direktorenstelle lief schließlich in der Endrunde auf zwei Kandidaten hinaus: Winfried Halder, Direktor der *Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus* in Düsseldorf, und Michael Schwartz, Mitarbeiter am *Institut für Zeitgeschichte München-Berlin*, der durch umfassende Publikationen sowohl zur Globalgeschichte der Zwangsmigration als auch zur Integrationsgeschichte der deutschen Vertriebenen hervorgetreten ist.<sup>67</sup> Die Entscheidung des Stiftungsrates zugunsten Winfried Holders – mutmaßlich aufgrund der Stimmen des BdV – führte zum Rücktritt von fünf der fünfzehn Mitglieder des Wissenschaftlichen Beraterkreises, darunter dessen Vorsitzendem Stefan Troebst und der polnischen Mitglieder.<sup>68</sup> Gründe dafür waren zum einen die vermeintlich zu große Nähe Holders zum BdV und der CDU sowie seine Vorstellungen von der künftigen Stiftungsarbeit

62 Nelhiebel: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2016, S. 535.

63 Kellerhoff: Streit in Vertriebenen-Stiftung endet mit Rauswurf. *Die Welt*. 16.12.2014. Vgl. den Artikel in dem von der CSU herausgegebenen *Bayernkurier*, in dem Kittel verteidigt und die gegen ihn erhobenen Vorwürfe als weitgehend konstruiert dargestellt werden: Maetze: Wenn Historiker und Journalisten nicht lesen können. *Bayernkurier*. 06.12.2014.

64 Troebst: Towards a European Memory of Forced Migration? 2016, S. 240.

65 Hupach: Rede zum Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 des Bundesvertriebenengesetzes in den Jahren 2013 und 2014, 2015.

66 Monika Grüters sprach sich ebenso wie Bernd Fabritius dafür aus, Parallelen nicht zu »überstrapazieren«, aber dennoch die Chance der Aktualisierung zu ergreifen: Brand; Plewnia: Ende des Misstrauens. *FOCUS Magazin*. 12.03.2016. Vgl. Ackermann: Wer kommt alles aus dem Bullenklöster? *FAZ*. 06.01.2016. Vgl. ausführlich für die grundsätzliche Diskussion seit 2015: Feindt: From »flight and expulsion« to migration, 2017. Manfred Kittel äußerte sich mehrfach kritisch zur Parallelisierung des Geschehens, vgl. Kap. 5.1, S. 217.

67 Teile seines Œuvres zieht die vorliegende Arbeit grundlegend heran, vgl. Kap. 3 und 4.

68 Vgl. dazu die Erklärung von: Madajczyk; Ruchniewicz et al.: Stellungnahme von ehemaligen Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beraterkreises der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2015.

und zum anderen eine damit verbundene grundsätzliche Kritik an dem zu starken Einfluss des Vertriebenenverbandes.<sup>69</sup> Aufgrund von erfolglosen Vertragsverhandlungen trat Winfried Halder schließlich seinen Posten in der SFVV nicht an. Vom November 2015 bis März 2016 leitete Uwe Neumärker, Direktor der *Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas*, die SFVV kommissarisch.<sup>70</sup>

Auf Vorschlag einer von Monika Grüters eingerichteten Findungskommission berief sie im April 2016 Gundula Bavendamm, die bisherige Leiterin des *AlliiertenMuseums Berlin*, zur neuen Direktorin. Grüters begründete die Entscheidung mit den bewiesenen Erfahrungen Bavendamms im Museumsmanagement, die nun besonders gefordert seien.<sup>71</sup> Der BdV begrüßte und unterstützte die Wahl und unterstrich dabei den Wunsch nach baldigen Ergebnissen.<sup>72</sup> Im Oktober 2016 wurde der Wissenschaftliche Beraterkreis mit zunächst zwölf Mitgliedern neu besetzt. Bemühungen um Mitglieder aus Polen werden fortgesetzt, da ihr Beitrag für den Erfolg der Stiftung als zentral erachtet wird.<sup>73</sup> Für den Beraterkreis konnten unter dem Vorsitz von Frank-Lothar Kroll unter anderem mit Norman Naimark eine international bekannte Koryphäe der Zwangsmigrationsforschung sowie mit Ondřej Matějka ein Wissenschaftler, der sich bereits bei der zivilgesellschaftlichen Aufarbeitung der deutsch-tschechischen Geschichte engagiert hatte, gewonnen werden.<sup>74</sup>

Im Oktober 2016 wurde auch Richtfest am Deutschlandhaus gefeiert. Aufgrund von Schwierigkeiten mit der Sanierung und dem Umbau der denkmalgeschützten Bausubstanz wurde der Bezug der für die SFVV vorgesehenen Bereiche für Ende 2018, die Eröffnung der Dauerausstellung für 2019 angesetzt.<sup>75</sup> Im Sommer 2019 wurde der Um-

69 Kellerhoff: Chefsache für Vertriebenenstiftung ist ein Debakel. *Die Welt*. 04.11.2015. Vgl. für eine Einschätzung des zurückgetretenen Vorsitzenden des Beirates: Troebst: Rettet die Vertriebenenstiftung vor der Provinz! *Die Welt*. 12.07.2015. Der Artikel erschien ebenso in der polnischen Presse: Troebst: Protestuję przeciwko prowincjonalizacji niemieckiej polityki historycznej. *Gazeta Wyborcza*. 13.07.2015. Vgl. Nelhiebel: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2016, S. 537f. Nelhiebel sieht schließlich die gesamte Konstruktion der Stiftung als mangelhaft an, sodass an einem Erfolg grundsätzlich zu zweifeln sei.

70 Regente: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2017.

71 Dittrich: Neue Leitung, neue Hoffnung? *Deutschlandfunk*. 31.03.2016.

72 Pressemitteilung vom *Bund der Vertriebenen*: Dr. Gundula Bavendamm wird Direktorin der »Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung«. 22.02.2016.

73 Vgl. den Eintrag auf der Website der Stiftung: [www.sfvv.de/de/stiftung/chronologie](http://www.sfvv.de/de/stiftung/chronologie) (letzter Zugriff: 05.03.2018). Der polnische Historiker Krzysztof Ruchniewicz begründet das Ausbleiben einer polnischen Beteiligung weniger mit den komplizierten politischen Bedingungen in Polen als damit, dass der Beirat »nach wie vor ein Debattiergremium ohne Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung der Stiftung und ihrer Produkte, insbesondere auf die künftige Ausstellung« sei: Schulz: In die Mitte der Gesellschaft. *Der Tagesspiegel*. 17.10.2016.

74 <https://www.sfvv.de/de/stiftung/wissenschaftlicher-beraterkreis> (letzter Zugriff: 23.03.2018). Vgl. zu Matějka Kap. 5.3, S. 262. Auch die weitere Aufstellung des Beraterkreises stellt eine ausgewogene Zusammensetzung von nationalen und internationalen Forschern dar, wobei u.a. Jochen Oltmer und Simone Eick für einen Schwerpunkt auf aktuelle Migrationsforschung stehen. Mit Matthias Beer ist auch ein ausgewiesener, in der vorliegenden Arbeit häufig herangezogener, Kenner der deutschen Vertreibungsgeschichte Mitglied.

75 Vgl. Beraterkreis für Stiftung Flucht und Vertreibung ohne Polen. *rbb*. 17.10.2016.

und Neubau des Deutschlandhauses abgeschlossen und die Eröffnung der Dauerausstellung für das Frühjahr 2021 angekündigt.<sup>76</sup> Im Zuge der Bauarbeiten stand nach Medienangaben kurzzeitig zur Diskussion, ob der historische Name »Deutschlandhaus« weiterhin bestehen und sichtbar bleiben sollte.<sup>77</sup> Der Präsident des BdV, Bernd Fabritius, wies dies als Falschinformation zurück.<sup>78</sup>

Die Verzögerungen ermöglichen nach Monika Grüters auch eine Nachjustierung des Projektes, sodass unter anderem die Dauerausstellung stärker »als bislang geplant in die Geschichte der Migration eingebettet werden und vor allem Bezüge zu den heutigen Flüchtlingsströmen und -schicksalen« hergestellt werden können.<sup>79</sup> Am 20. Juni 2017 konnte das die 2012er Konzeption konkretisierende und ergänzende 46-seitige »Konzept für die Dauerausstellung« vorgestellt werden. Dessen Entstehung wurde vom Wissenschaftlichen Beraterkreis begleitet und das Ergebnis vom Stiftungsrat einstimmig angenommen.<sup>80</sup> Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vom März 2018 unterstreicht nochmals eine europäische Ausrichtung der SFVV und kündigt die verstärkte Unterstützung des *Europäischen Netzwerkes Erinnerung und Solidarität* an, das aber inhaltlich nicht mehr in einem direkten Verhältnis zur SFVV steht.<sup>81</sup>

Im Dezember 2017 traten Vertreter der deutschen Zivilgesellschaft mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit, ein Denkmal für das Leiden Polens unter deutscher Herrschaft im Zweiten Weltkrieg am Askanischen Platz gegenüber dem Deutschlandhaus zu errichten. Dieser konnte schnell eine breite Unterstützung in Wissenschaft und Politik gewinnen. Die Initiatoren planen, diese Idee in Anerkennung der verschiedenen Hürden eines solchen Projektes langfristig zu verfolgen.<sup>82</sup>

76 Bau für Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung ist fertig. *Berlin.de*. 28.08.2019.

77 Ebd.

78 Fabritius: »Deutschlandhaus bleibt Deutschlandhaus«. *Siebenbürgische Zeitung*. 03.09.2019.

79 Eröffnung erst 2018. *Der Tagesspiegel*. 19.08.2016.

80 Schulz: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung legt Ausstellungskonzept vor. *Der Tagesspiegel*. 21.06.2017.

81 Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 2018, S. 169f. Siehe zum ENRS: Kap. 5.2, S. 238.

82 Vgl. hier beispielsweise das Interview mit dem Unterstützer der Idee, Wolfgang Thierse: Fritz: SPD-Politiker über Mahnmal in Berlin. *Berliner Zeitung*. 12.11.2017. Vgl. auch: Ruchniewicz: Es gibt keine Opfer zweiter Klasse. *FAZ*. 05.03.2018. Ruchniewicz geht in seinem Artikel auch auf die Kritiker des Vorhabens ein, die unter anderem eine nach Nationen separierte Erinnerungskultur zum NS-Terror in Osteuropa ablehnen. Siehe für die Unterstützung der Wissenschaft auch die vom Deutschen Polen Institut eigens für das Projekt eingerichtete Website: <https://www.polendenkmal.de/> (letzter Zugriff: 16.10.2018). Im August 2018 plädierte Martin Aust in Anknüpfung an den Vorschlag für ein gemeinsames Denkmal für die Opfer der deutschen Vernichtungspolitik in Osteuropa »in Sichtweite des Dokumentationszentrums der Stiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung.« Aust: Alle Toten verdienen denselben Respekt. *FAZ*. 27.08.2018. Im selben Monat schlug der Historiker Stephan Lehnstaedt anstelle oder als Ergänzung eines »Polen-Denkmales« die Einrichtung eines gemeinschaftlich getragenen Deutsch-Polnischen Museums nach Vorbild des Deutsch-Russischen Museums in Berlin-Karlshorst vor, mit Dependancen in Warschau und Berlin und Kooperationen mit anderen relevanten Einrichtungen, wie der SFVV und dem MIIW. Als Argumente führte er unter anderem an, dass die Denkmalsidee zwar ehrenwert sei, aber das Kernproblem der deutsch-polnischen Verständigung nicht beheben könne: die geringen Kenntnisse über die polnische und deutsch-polnische Geschichte in Deutschland und die verbreitete negative Gleichgültigkeit der

Die Wahl des Platzes begründen die Initiatoren zum einen mit dem Bezug auf den historischen Ort: Am Anhalter Bahnhof trafen 1940 Joachim von Ribbentrop und Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow in der Phase der deutsch-sowjetischen Allianz zusammen, in der sie Osteuropa unter sich aufgeteilt hatten. Zum anderen soll das Denkmal ganz bewusst die zukünftige Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung »kommentieren«.<sup>83</sup> Der Initiator der Idee, der Stadtplaner Florian Mausbach, äußerte sich dazu entsprechend:

»Wenn das polnische Denkmal [der Stiftung, V. R.] gegenübersteht, wird niemand zweifeln, wer das wahre Opfer war [...].«<sup>84</sup>

Von Seiten der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung gab es bislang noch keinen offiziellen Kommentar hierzu. Der BdV positionierte sich positiv gegenüber der Einrichtung eines solchen Denkmals, fordert jedoch eine sinnvolle Integration in das Gedenkstättenkonzept des Bundes und einen vergleichbaren Gedenkort für die deutschen Nachkriegsopfer polnischer Gewalt in Polen, beispielsweise in den Lagern Lamsdorf/Łambinowice, Eintrachthütte/Zgoda oder Potulitz/Potulice.<sup>85</sup> An der Basis des BdV reagierte man wesentlich kritischer: Die Unterstützung der Denkmalsinitiative durch Bernd Fabritius wird ebenso wie das Vorhaben an sich als eine »Provokation der Vertriebenen« betrachtet.<sup>86</sup>

Im Juli 2018 wurde die Überlegung publik, das private *Exilmuseum* hinter der Ruine des Anhalter Bahnhofs zu errichten. Inhaltlich steht das Exil zur Zeit des Nationalsozialismus im Mittelpunkt, auch wenn der Blick darüber hinaus unter anderem auf heutige Schicksale ausgeweitet werden soll. Nach der Vorstellung der Planer passt die räumliche Nähe zur SFVV ebenso wie zur *Topographie des Terrors* auch inhaltlich hervorragend. Gundula Bavendamm begrüßte den Vorschlag.<sup>87</sup>

Mit diesen Vorhaben deutet sich ein vielfältiges museales und erinnerungsarchitektonisches Ensemble um den Askanischen Platz an, das die SFVV rahmen und kommentieren wird.

---

Deutschen gegenüber ihrem östlichen Nachbarn Polen: Lehnstaedt: Die Nachbarn verstehen lernen. *Der Tagesspiegel*. 02.08.2018.

- 83 Vgl. Ruchniewicz: Wozu noch ein zusätzliches Denkmal in Berlin, und dann ausgerechnet ein Polen-Denkmal? *Dialog Forum*. 22.02.2018.
- 84 »Gdy naprzeciw stanie polski pomnik, nikt nie będzie miał wątpliwości, kto był prawdziwą ofiarą [...]« Wielicki: Niemcy chcą postawić pomnik Polakom zamordowanym podczas drugiej wojny światowej. *Gazeta Wyborcza*. 07.11.2017.
- 85 Pressemitteilung vom *Bund der Vertriebenen*: Denkmal für polnische Opfer als Mosaikstein der grenzüberschreitenden Verständigung. 15.11.2017.
- 86 So der Vorsitzende der *Kreisgruppe Bergstraße* der *Landsmanschaft Schlesien* Winfried Labatz: Viel Gold und Silber bei den Schlesiern. *Echo*. 03.05.2018.
- 87 Abel: Exilmuseum soll am Anhalter Bahnhof entstehen. *Berliner Morgenpost*. 07.07.2018. Kuhn: Wo Bertolt Brecht den Zug bestieg. *Der Tagesspiegel*. 19.07.2018. Vgl. Morat; Zündorf: Geschichtspolitik im Museum, 2019.

## 7.1.2 Struktur und Aktivitäten

Das am 30. Dezember 2008 in Kraft getretene *Gesetz zur Errichtung einer Stiftung »Deutsches Historisches Museum«* (DHMG) bestimmt das für diesen Zweck selbst in eine rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung umgewandelte Deutsche Historische Museum (DHM) zum Träger der unselbstständigen Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung.<sup>88</sup>

Unter Paragraph 16, Abschnitt 2, werden der Stiftungszweck sowie die für dessen Erfüllung notwendigen Schritte formuliert. An erster Stelle soll die Einrichtung einer Dauerausstellung erfolgen, die Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert in ihrem historischen Kontext und ihrer europäischen Dimension sowie die daraus resultierenden Folgen darstellt. Einzelausstellungen sollen spezielle Aspekte der Gesamtthematik beleuchten. Ebenso sollen aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse vorgestellt und diskutiert sowie die Sammlung und Auswertung »einschlägiger Unterlagen und Materialien, insbesondere von Zeitzeugenberichten«, durchgeführt werden. Die erwünschte Zusammenarbeit mit anderen Museen und Forschungseinrichtungen in Deutschland und in Europa ist ebenfalls im Gesetz verankert. Die Formulierung zur »europäischen Dimension« ist so offen gehalten, dass sie die Frage nicht eindeutig beantwortet, ob damit eine ›Rundschau‹ über die Zwangsmigrationsbewegungen Europas vorgenommen oder doch ein Fokus auf die europäischen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und darunter die Vertreibung der Deutschen gesetzt werden soll.<sup>89</sup>

Die Unselbstständigkeit der Stiftung gewährleistet eine gewisse Kontrollfunktion des DHM. Ein in der neuen Fassung der Satzung aus 21 Persönlichkeiten bestehender Stiftungsrat soll das Erreichen der Stiftungsziele durch eine breite gesellschaftliche Aufstellung sichern. Seine Mitglieder müssen von den jeweiligen Institutionen entsandt und vom Bundestag bestätigt werden. Der Stiftungsrat setzt sich wie folgt zusammen:

- vier Mitglieder des Deutschen Bundestages,
- ein Mitglied des Auswärtigen Amtes,
- ein Mitglied des Bundesministeriums des Innern,
- die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien,
- sechs Mitglieder des BdV,
- zwei Mitglieder der evangelischen Kirche,
- zwei Mitglieder der katholischen Kirche,
- zwei Mitglieder des Zentralrates der Juden in Deutschland,
- Präsident der Stiftung »Deutsches Historisches Museum«,
- Präsident der Stiftung »Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland«<sup>90</sup>

88 Deutscher Bundestag: Gesetz zur Errichtung einer Stiftung »Deutsches Historisches Museum« (DHMG). 21.12.2008, Fassung vom 14.06.2010.

89 Vgl. Völkerling: »Flucht und Vertreibung« ausstellen – aber wie? 2011, S. 7-11.

90 Vgl. für die aktuelle Besetzung: <https://www.sfvv.de/de/stiftung/stiftungsrat> (letzter Zugriff: 23.03.2018). Die Präsidenten des DHM und des HdG sind geborene Mitglieder des Stiftungsrates.

Der bis zu 15 Mitglieder umfassende Wissenschaftliche Beraterkreis soll dazu beitragen, dass »die historischen Ereignisse ausgewogen und geschichtswissenschaftlich fundiert sowie lebendig, umfassend und anschaulich« dargestellt werden. Durch eine erwünschte internationale Zusammensetzung dieses Kreises – unter anderem mit Vertretern aus Polen und Tschechien – soll eine multiperspektivische Gestaltung der Stiftungsarbeit gewährleistet werden.<sup>91</sup> Die SFVV ist wie das Schlesische Museum zu Görlitz und das Sudetendeutsche Museum in München Teil der Kultur- und Wissenschaftsförderung nach Paragraph 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG).<sup>92</sup>

Die Finanzierung der Umbaukosten des Deutschlandhauses in Höhe von derzeit 53 Millionen Euro (wobei nur etwa 50 Prozent des renovierten und umgebauten Hauses von der Stiftung genutzt werden) sowie 8,6 Millionen Euro für die Initiationskosten und die Dauerausstellung trägt der Bund, ebenso wie die derzeit veranschlagten ungefähr fünf Millionen Euro für den jährlichen Haushalt der Stiftung.<sup>93</sup>

Die Fläche der Dauerausstellung wird etwa 1700 Quadratmeter betragen, für Sonderausstellungen sind ungefähr 400 Quadratmeter vorgesehen.<sup>94</sup> Nach der Eröffnung sollen wenigstens fünf Wissenschaftliche Mitarbeiter, darunter die Direktorin, ebenso wie eine Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit, eine Bibliothekarin, ein Archivar, ein Registrar, ein Volontär sowie ein Museumspädagoge die laufende Arbeit der Stiftung gewährleisten. Für die Ausstellungsvorbereitung sind weitere Kuratorinnen und Kuratoren engagiert.<sup>95</sup>

Die Stiftung kann auf keine ältere Sammlung zurückgreifen und befindet sich daher im Bestandsaufbau. Schenkungen, Leihgaben und Ankäufe sollen das gesamte Spektrum von Zwangsmigration abbilden, ebenso wie Zeitzeugengespräche in ganz Europa geführt und gesammelt werden.<sup>96</sup> Das in materieller und fotografischer Hinsicht vergleichsweise schlecht bis kaum dokumentierte historische Ereignis von Flucht und Vertreibung darzustellen, stellt die Stiftung in besonderem Maße vor die Herausforderung aller Museen, die sich mit diesem Thema befassen.<sup>97</sup>

Als künftige Zielgruppen für die Arbeit der Stiftung sind alle Bevölkerungsgruppen in Deutschland ebenso wie ausländische Besucher anvisiert. Neben speziellen Angebo-

91 Vgl. für die aktuelle Besetzung des wissenschaftlichen Beraterkreises: <https://www.sfvv.de/de/stiftung/wissenschaftlicher-beraterkreis> (letzter Zugriff: 23.03.2018).

92 Vgl. Kap. 5.1, S. 219f.

93 Bei diesen geschätzten künftigen 5 Millionen Euro fällt als Haushaltsposten vor allem die Miete in Höhe von etwa 2 Millionen an die Bundesanstalt für Immobilien ins Gewicht: Beikler: Deutschlandhaus in Berlin wird 16 Millionen Euro teurer. *Der Tagesspiegel*. 14.10.2016. Der künftige Finanzrahmen ist aber im April 2018 noch nicht festgelegt worden; das derzeitige Haushaltsbudget ist weiter mit 2,566 Millionen Euro angesetzt.

94 Regente: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2017.

95 Vgl. für die aktuelle Stellenbesetzung der SFVV: [www.sfvv.de/de/stiftung/stiftungsteam](http://www.sfvv.de/de/stiftung/stiftungsteam) (letzter Zugriff: 05.03.2018). Anfang 2020 hat sich das Team deutlich vergrößert. So stehen der Stiftung im Januar 2020 unter anderem sechs Kuratorinnen und Kuratoren, ein »Projektleiter Dauerausstellung«, zwei Mitarbeiter für den Bereich »Dokumentation und Forschung« sowie zwei Mitarbeiter für das Feld »Bildung und Vermittlung« zur Verfügung. Vgl. für den Stand am 31.12.2012: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Jahresbericht 2009-2012, 2012, S. 50.

96 [www.sfvv.de/de/aktuelle-arbeit/sammlung](http://www.sfvv.de/de/aktuelle-arbeit/sammlung) (letzter Zugriff: 06.03.2018). Vgl. für einen Blick in das Depot der SFVV: Carstens: Dinge, die von Flucht erzählen. FAZ. 27.07.2017.

97 Vgl. Röger: Bilder der Vertreibung, 2014, S. 264.

ten für Schulen soll ein durchgängig mehrsprachiges Angebot ausländische Besucher, insbesondere aus dem osteuropäischen Raum, zum Besuch einladen.<sup>98</sup> Verstärkt wird die Frage gestellt, wie nach dem Ableben der deutschen Zeitzeugen von Flucht und Vertreibung beispielsweise deren Nachkommen ein attraktives Angebot gemacht werden kann.<sup>99</sup> In der *Stuttgarter Zeitung* hieß es Anfang 2018 in Hinblick auf die notwendige Zielsetzung der Stiftung:

»Bavendamm und ihr 23-köpfiges Team aus Historikern, Archivaren und Kuratoren müssen nun also sowohl deutlich machen, dass die Stiftung ›nicht der Dienstleister des Bundes der Vertriebenen‹ ist, als auch ihr Haus so aufzustellen, dass es vor allem junge Besucher anspricht, deren Zugang zum Thema die Gegenwart und die aktuellen Wanderungsbewegungen sind. Bavendamm weiß: Der Museumsmarkt in Berlin ist heiß umkämpft. Das Dokumentationszentrum mit Dauer- und Wechselausstellung, Bibliothek und Veranstaltungsräumen muss eine einprägsame Marke werden.«<sup>100</sup>

Die gegenwärtige Planung der Stiftung identifiziert schließlich verschiedene Zielgruppen, von der »Erlebnisgeneration«, die »mit sehr fundierten Kenntnissen und gezielten Interessen« das Haus besuchen wird, bis zum 15jährigen Schüler, dem der Begriff Vertriebung vielleicht nur vom Hören sagen bekannt ist. Alle Zielgruppen sollen »jeweils adäquat« angesprochen werden. Als Richtwert für künftige Besucherzahlen, der sich an vergleichbaren Bundeseinrichtungen und »der Relevanz und der Aktualität des Themas, der zentralen Lage in der Stadt und der räumlichen Nähe zu anderen wichtigen Einrichtungen« wie der Topographie des Terrors oder dem Mahnmal für die ermordeten Juden Europas orientiert, gibt Bavendamm 150.000 an.<sup>101</sup>

Der Ort der künftigen Dauerausstellung, das *Deutschlandhaus* am Anhalter Bahnhof in Berlin, blickt selbst auf eine wechselhafte Geschichte seit den 1920er Jahren zurück.<sup>102</sup> Ab den 1950er Jahren beherbergte es die Büros verschiedener Landsmannschaften des BdV. Das gegenüberliegende Fragment des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Anhalter Bahnhofs wird als symbolisch für die Vernichtungen und die mit diesem Ort verbundenen Bevölkerungsverschiebungen im Zweiten Weltkrieg betrachtet und so eine Verknüpfung des Stiftungsauftrages mit Haus und Umgebung geschaffen.<sup>103</sup> Eine auch räumliche Verbindung mit dem NS-Kontext der Thematik ergibt sich aus der zumindest in den anfänglichen Planungen vorgesehenen Sichtachse aus der Dauerausstellung auf die Topographie des Terrors.<sup>104</sup>

98 Kittel et al.: Konzeption, 2012, S. 13.

99 Vgl. zur Zielgruppenproblematik auch: Völkerling: »Flucht und Vertreibung« ausstellen – aber wie? 2011, S. 8. Helga Hirsch betont, dass auch die Kinder und Enkel der Vertriebenen noch einen Ort zur Beschäftigung mit den traumatischen Erlebnissen ihrer Vorfahren benötigen: Hirsch: Flucht und Vertreibung, 2003, S. 23.

100 Lorenz: Weiterleben ohne Heimat. *Stuttgarter Zeitung*. 19.01.2018.

101 Mail von Gundula Bavendamm an den Autor: Bavendamm: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Antworten auf Ihre Fragen, 27.06.2018.

102 Vgl. Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Jahresbericht 2009-2012, S. 14.

103 Vgl. Douglas: »Ordnungsgemäße Überführung«, 2012, S. 444.

104 Kellerhoff: Vertriebenen-Stiftung blickt zur Gestapo-Zentrale. *Die Welt*. 30.11.2011. Siehe zur räumlichen Umgebung und der Geschichte des Hauses auch die Überlegungen im Konzeptionspapier der SFVV: Kittel et al.: Konzeption, 2012, S. 13.

Gundula Bavendamm versteht die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung als »eine Art von Hybrid«. Sie soll als Forschungseinrichtung und als Dokumentationszentrum ebenso wie als Ort dienen, an dem eines persönlichen Schicksals und der tragischen Ereignisse gedacht werden kann. Für letzteres ist ein geplanter »Raum der Stille« vorgesehen.<sup>105</sup>

Nach Fertigstellung der Dauerausstellung sollen jährlich mehrfach Sonderausstellungen der Stiftung aus dem weiteren Themenfeld der Zwangsmigration in Geschichte und Gegenwart erfolgen. Bisher beteiligte sich die SFVV 2012 nach einem erfolgreichen internationalen Sammlungsauftruf an der 7. Berlin Biennale mit einer Präsentation von 100 Objekten,<sup>106</sup> 2013/14 präsentierte sie eine Open-Air-Ausstellung vor dem Deutschen Landhaus, 2014/15 erfolgte die oben diskutierte Präsentation der angeworbenen Wanderausstellung zu globalen Zwangsmigrationen (»Twice a Stranger«) im Verbund mit der eigenen Werkstattausstellung (»Gewaltmigration erinnern«) im Deutschen Historischen Museum.<sup>107</sup>

Die SFVV ist bereits mit mehreren Publikationen an die Öffentlichkeit getreten. Drei Tagungsbände wurden von ihr (mit-)verantwortet, so 2010 zur Musealisierung von Zwangsmigration,<sup>108</sup> 2013 gemeinsam mit der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas zur jüdischen Geschichte im preußischen Osten<sup>109</sup> und 2016 zusammen mit dem Donauschwäbischen Zentralmuseum in Ulm zum Schicksal der deutschen Bevölkerungsgruppe Jugoslawiens während und nach dem Zweiten Weltkrieg<sup>110</sup>.

Die Stiftung verfügt über ein umfassendes Archiv mit einem Schwerpunkt auf Zeitzeugenberichten sowie eine wissenschaftliche Spezialbibliothek zu ihrem weiteren Themenkomplex. Beide Einrichtungen stehen Besuchern zur wissenschaftlichen oder persönlichen Nutzung zur Verfügung. Seit 2010 veranstaltet die SFVV Vorlesungen, Symposien, Tagungen, Zeitzeugengespräche, Buchvorstellungen und Filmvorführungen, unter anderem in Kooperation mit der Stiftung Topographie des Terrors, der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum und der Humboldt-Universität zu Berlin. Einige Veranstaltungen waren auch politisch aktuellen Themen wie der Situation der Krim-Tataren während der Krimkrise im Jahr 2014 gewidmet.<sup>111</sup>

105 Beraterkreis für Stiftung Flucht und Vertreibung ohne Polen. *rbb*. 17.10.2016.

106 Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Jahresbericht 2009-2012, S. 8.

107 Regente: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2017.

108 Deutsches Historisches Museum; International Association of Museums of History et al. (Hg.): Flucht, Vertreibung, Ethnische Säuberung, 2010.

109 Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung; Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (Hg.): »Das war mal unsere Heimat ...«, 2013.

110 Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung; Donauschwäbisches Zentralmuseum (Hg.): Vom »Verschwinden« der deutschsprachigen Minderheiten, 2016.

111 Vgl. das Veranstaltungsarchiv auf der Website der SFVV: [www.sfvv.de/de/veranstaltungen/archiv](http://www.sfvv.de/de/veranstaltungen/archiv) (letzter Zugriff: 03.03.2018).

### 7.1.3 Anspruch und Selbstverständnis

Aus den vorherigen Diskussionen, den Einwänden und Kommentaren aus Polen und Tschechien sowie der gesetzlichen Grundlage leiten sich eine Reihe von Ansprüchen an die künftige Arbeit und das Selbstverständnis der SFVV und ihrer Dauerausstellung ab.

Von linksliberaler Seite in Deutschland wird immer wieder betont, dass die Stiftung nicht in Konfrontation zu Deutschlands Nachbarstaaten und dem zentralen Element der bundesdeutschen Erinnerungskultur, der selbstkritischen Holocaust-Erinnerung, treten darf. Dafür sei eine Beteiligung polnischer und tschechischer Wissenschaftler und die konsequente Herausstellung der deutschen Kriegsschuld und der daraus folgenden deutschen Gewaltherrschaft als Ursache der späteren Flucht- und Vertreibungs-bewegungen nötig.

Aus dem Umfeld der CDU/CSU wird stärker unterstrichen, dass die deutschen Vertriebenen ein Recht auf einen eigenen Erinnerungsort haben und damit, wie Angela Merkel es 2013 formulierte, eine *gesamtdeutsche* Erinnerungslücke geschlossen wird. Dieses Argument betont ähnlich deutlich den NS-Kontext der Vertreibungen, auch wenn man den deutschen Vertreibungsopfern prononciert einen eigenständigen und dadurch nicht zu relativierenden Opferstatus zugesteht.<sup>112</sup>

Die im Kapitel 5.1 diskutierte Forderung, dass die Stiftung sich verstärkt auch für Fragen gegenwärtiger Zwangsmigrationen öffnen soll, stößt bei Teilen der Vertriebenen und ihrer Nachfahren auf Kritik.<sup>113</sup> Die AfD kritisierte im Bundestag eine vermeintliche Neuausrichtung am Beispiel eines Faltblattes der SFVV, in dem diese unter anderem auf Arabisch und Persisch für die Einsendung von Fluchtgeschichten wirbt.<sup>114</sup>

Die Vorstellungen des BdV wurden im Zuge seiner Zentrumsinitiative seit 1999 schon im Kapitel 5.1 ausführlich besprochen. Durch eine Einordnung von Flucht und Vertreibung der Deutschen in die Zwangsmigrationsgeschichte Europas sowie das Aufkommen des Ethnonationalismus wird eine multikausale Erklärung für das Geschehen konstatiert. Damit soll das Argument unterstrichen werden, dass die Vertreibungen ein Unrecht darstellen, das nicht *ausschließlich* mit dem vorherigen deutschen Unrecht zu erklären oder zu rechtfertigen ist und so die Alliierten, Polen und Tschechien erinnerungskulturell in die Verantwortung mit einbezieht. Außerdem handele es sich um ein universelles Unrecht, womit die Vertriebenenverbände ihren Status als international anerkannte Opfergruppe unterstreichen wollen.<sup>115</sup> Überlegungen oder Befürchtungen, dass die Ausrichtung der Stiftung geändert und der Schwerpunkt auf der Vertreibung der Deutschen fallen gelassen werden könnte, verfolgt der BdV nach Bernd Fabritius

<sup>112</sup> Vgl. hierfür nochmals: Rede von Bundeskanzlerin Merkel bei Baubeginn eines Dokumentations-zentrums der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung im Deutschlandhaus am 11. Juni 2013.

<sup>113</sup> Vgl. Kap. 5.1, S. 215-217.

<sup>114</sup> Vgl. die Aufzeichnung seiner Rede im Bundestag auf dem YouTube-Kanal des AfD-Abgeordneten Stephan Protschka vom 27.06.2019: Protschka: Deutsche Kultur nicht ins Museum packen! 2019. Das Faltblatt ist in seinen verschiedenen Sprachfassungen auf der Website der SFVV abrufbar: <https://www.sfvv.de/de/aufruf-zur-sammlung-von-zeitzeugenberichten> (letzter Zugriff: 28.01.2020).

<sup>115</sup> Vgl. Völkerling: Von der privaten Stiftung »Zentrum gegen Vertreibungen« zur Bundesstiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung«, 2011, S. 132.

aufmerksam und wird bei Verdacht »allergisch« darauf reagieren.<sup>116</sup> Zusätzlich kommt es zu einer rhetorischen Vereinnahmung der SFVV durch den BdV.<sup>117</sup> Nicht zu Unrecht wird die Grundlage ihrer Entstehung der Zentrumsinitiative von Erika Steinbach zugerechnet, dabei aber die im Vergleich zum ZgV starke Unabhängigkeit der SFVV vom BdV mitunter zu wenig beachtet.<sup>118</sup>

Aus der Perspektive der deutschen Regierungen seit 2002/2005 muss die Stiftung gerade in dieser Hinsicht Vorsicht walten lassen, würde ein zu großer Einfluss des BdV, ebenso wie die Verfolgung seiner oben genannten Argumentationslinie, doch einen, nicht nur außerhalb Deutschlands skeptisch betrachteten, deutschen Opferstatus hervorheben. Zudem könnten auch die Darstellung der Entscheidungen der Alliierten über die Vertreibungen sowie die Überlegungen und Handlungen der tschechoslowakischen und polnischen Regierung und Bevölkerung als anklagend verstanden werden. Daher müssten die vorherigen, gerade in Polen und Tschechien begangenen, deutschen Verbrechen in der künftigen Dauerausstellung betont und bei der Darstellung deutschen Leidens jede – im Ausland fast zwangsläufig missverstandene – einseitige Anklage vermieden werden.<sup>119</sup>

Damit sind auch die wesentlichen Anforderungen an die Arbeit der SFVV aus der Sicht Polens und Tschechiens genannt. Darüber hinaus erscheinen aus polnischer Perspektive die Hinweise auf die Vertreibungen der Polen durch Deutsche ebenso wie im Anschluss durch die Sowjetunion, als notwendiger Bestandteil einer Erzählung über Zwangsmigrationen des Zweiten Weltkrieges. Weiter wird in Polen wie in Tschechien gefordert, die nationalsozialistische Vergangenheit des BdV und der jungen Bundesrepublik zu thematisieren.<sup>120</sup> Die Kooperation von Nationalsozialismus und Kommunismus im Rahmen des Hitler-Stalin-Paktes sowie die doppelte, beiderseitig verbrecherische Besatzungszeit Polens darzustellen, fordert auch das liberale polnische Lager.<sup>121</sup>

<sup>116</sup> Vgl. hier die Äußerungen des BdV-Präsidenten Bernd Fabritius: Brand; Plewnia: Ende des Misstrauens. *FOCUS Magazin*. 12.03.2016.

<sup>117</sup> Vgl. hier z.B. die Redebeiträge des BdV-Präsidenten Bernd Fabritius, bei denen dieser die SFVV in der »Wir«-Form vorstellt und verteidigt: Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa: Erinnerung bewahren – Zukunft gestalten, 2017, S. 51. Erika Steinbach formulierte es noch deutlicher: »Die Bundesstiftung [...] ist unser gemeinsames Kind. Wir werden es fürsorglich, liebevoll, aber auch streng und hartnäckig begleiten. Und wir werden sie mit Herzblut gegen alle verteidigen, die sie verwässern, banalisieren oder umdeuten wollen«: Steinbach: Die Macht der Erinnerung, 2010, S. 109.

<sup>118</sup> In ihrer Rede zum Umbau des Deutschlandhauses betont Bundeskanzlerin Angela Merkel: »Sie, liebe Frau Steinbach, haben vor vielen Jahren [...] den Anstoß für einen zentralen Dokumentations- und Erinnerungsort gegeben. Seitdem haben Sie das Projekt beharrlich und geduldig verfolgt. Seine Umsetzung ruht nun auf einer Reihe von Schultern. Sie ist und bleibt aber vor allem Ihr Erfolg [...].« Rede von Bundeskanzlerin Merkel bei Baubeginn eines Dokumentationszentrums der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung im Deutschlandhaus am 11. Juni 2013.

<sup>119</sup> Haar: Der deutsche Angriff auf Polen 1939 und die Folgen des Zweiten Weltkriegs, 2015, S. 304.

<sup>120</sup> Wielński: Bez skandalu w muzeum wypędzonych. *Gazeta Wyborcza*. 20.11.2014.

<sup>121</sup> Wielński: Muzeum wyciszy spór o wypędzonych. *Gazeta Wyborcza*. 31.08.2012. Wielński: Niemcy+Polska=WNM. *Gazeta Wyborcza*. 16.06.2015. Wielński beruft sich hier auf die von der SFVV organisierte Meinungsumfrage in Deutschland, Polen und Tschechien, in der auch aus der deutschen Bevölkerung eine Thematisierung der den Vertreibungen vorausgehenden deutschen Besatzungszeit gefordert wird.

Die schon erörterte grundsätzliche Kritik an dem Vorhaben konnte bis dato nicht ausgeräumt werden.

Die Stiftung steht folglich vor der Herausforderung, den verschiedenen Ansprüchen gerecht zu werden und nach Polen und Tschechien hin anschlussfähig zu sein. Monika Grüters spricht in Hinblick auf die Schwerpunktsetzung der Stiftung von einer »salomonischen Lösung«, in der die Flucht und Vertreibung der Deutschen für die Stiftungsarbeit *einen*, in der Dauerausstellung dagegen *den* Schwerpunkt darstellt.<sup>122</sup> In einem Interview verortet Gundula Bavendamm die Stiftung an der »Nahtstelle zwischen Opfer- und Täterdiskurs«, welche sowohl innen- als auch außenpolitisch eine erhebliche »Brisanz« berge, die für die Museumsarbeit eine ganz eigene Herausforderung darstelle.<sup>123</sup> Das Selbstverständnis der Stiftung in Bezug auf die künftige Dauerausstellung wird in den Leitlinien des Konzeptionspapiers von 2017 zusammengefasst:

»Die Präsentation erinnert besonders an Vertreibung und Flucht der Deutschen und ordnet diese doppelt ein: im ersten Ausstellungsteil mittels einer europäischen Perspektive auf Zwangsmigrationen vor allem im 20. Jahrhundert und im zweiten Ausstellungsteil durch die Einbettung in den Kontext des Zweiten Weltkriegs und die NS-Expansions- und Vernichtungspolitik. Auch der dritte Teil über die Geschichte der Flüchtlinge und Vertriebenen nach 1945 ist einer europäischen Perspektive verpflichtet. Ein wichtiges Anliegen ist es zu zeigen, dass zwischen Zwangsmigration und Genozid ein kategorialer Unterschied besteht. Gleichwohl macht die Ausstellung deutlich, dass beide Phänomene in ihrer historischen Genese Verbindungen aufweisen. Die grundsätzliche Haltung der Stiftung im Hinblick auf Verständigung, Multiperspektivität und Versöhnung kommt im Ausstellungskonzept auf verschiedene Weise zum Tragen: durch eine konsequente Historisierung eines kontroversen Themas im Sinne einer ausbalancierten Gesamterzählung; durch die gegenwartsorientierte und lebensweltliche Vermittlung von Schlüsselthemen und universellen Fragen; durch die explizite Sichtbarmachung unterschiedlicher Haltungen und Kontroversen und durch die Darstellung von konkreten Beispielen für Versöhnungshandeln in Geschichte und Gegenwart.«<sup>124</sup>

### 7.1.4 Konzeptionspapier 2017 – Die geplante Dauerausstellung

Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung empfängt den künftigen Besucher im oben beschriebenen Deutschlandhaus. Die moderne Ausstellungsarchitektur erforderte eine völlige Entkernung des Gebäudes, sodass lediglich die denkmalgeschützte Fassade erhalten geblieben ist. Der für die Stiftung vorgesehene Bereich wird unter Leitung des *Marte Architekten-Büros* (Weiler/Österreich) architektonisch entwickelt: Die Bauart soll sich durch Weitläufigkeit, Lichtdurchflutung sowie ein Spiel mit der Materialität

122 Brand; Plewnia: Ende des Misstrauens. *FOCUS Magazin*. 12.03.2016.

123 Dittrich: Neue Leitung, neue Hoffnung? *Deutschlandfunk*. 31.03.2016.

124 Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Konzept für die Dauerausstellung, 2017, S. 6.

auszeichnen.<sup>125</sup> Den für das Erdgeschoss geplanten »Raum der Stille« gestaltet das Büro *Königs Architekten* (Köln), die Ausstellungsarchitektur selbst wird gemeinsam mit dem *Atelier Brückner* (Stuttgart) entwickelt und umgesetzt.<sup>126</sup>

Bei der hier vorgestellten Ausstellungskonzeption von 2017 handelt es sich um eine Weiterentwicklung und Konkretisierung des Konzeptpapiers von 2012. Eine grundlegende Verschiebung des Schwerpunktes der Dauerausstellung auf Flucht und Vertreibung der Deutschen findet nicht statt. Angepasst wird der ursprüngliche chronologische Ansatz hin zu einer »thematisch-chronologischen Struktur«.<sup>127</sup> Einzelne Bereiche sind wiederum »geographisch-räumlich gegliedert«, um Unterschiede, aber auch Verbindungen und Parallelen aufzuzeigen.<sup>128</sup>

Die Ausstellung soll auf zwei Etagen verteilt und in drei inhaltlich und inszenatorisch miteinander verbundene Ausstellungsteile gegliedert werden. Auf der ersten Etage wird unter dem Arbeitstitel »Das Jahrhundert der Flüchtlinge – Zwangsmigrationen in Europa« (1.) mit einem historischen Überblick in das Phänomen Flucht und Vertreibung eingeführt. In Form von »Themeninseln« wird eine Diskussion von Ideen-, Begriffs-, Diskurs-, Rechts- und Ereignisgeschichte vorgenommen. Bei letzterer sollen Phänomene besprochen werden, die fast allen Zwangsmigrationsprozessen eigen sind, so Gewaltakte und verschiedene Formen des Lagerwesens. Hierfür sind 600 Quadratmeter vorgesehen. Auf der zweiten Etage werden auf 700 Quadratmetern die beiden weiteren Kapitel der Ausstellung entfaltet: 2. »Flucht und Vertreibung der Deutschen im europäischen Kontext« und 3. »Vertriebene und Flüchtlinge in Deutschland seit 1945« (beides Arbeitstitel). Im zweiten Oberkapitel werden zunächst die nationalsozialistische deutsche ›Rassen‹-, Expansions- und Vernichtungspolitik sowie die sowjetischen Deportationen während des Zweiten Weltkrieges thematisiert. Darauf folgen die Planungen der Alliierten und der Exilregierungen für eine ethnische Nachkriegsordnung Europas. Evakuierungen und Flucht der Deutschen 1944/45 sollen regional untergliedert und von der anschließend behandelten »ethnisch-territorialen Neuordnung Ostmittel- und Südosteuropas« getrennt dargestellt werden. Hier sind die ›wilden‹ und organisierten Vertreibungen erneut regional oder nach Staaten angefügt. Im dritten Kapitel wird die Integrationsgeschichte der Deutschen nach 1945 ausgestellt. Die Geschichte der organisierten Vertriebenen soll hier ebenso Platz finden wie ihr individuelles Engagement und die bundesdeutsche Streitgeschichte über die ›Ostpolitik‹ der Regierung Brandt. Ein Ausblick erfolgt mit der Besprechung der Erinnerungsgeschichte und ihres Wandels.<sup>129</sup>

Der ausstellungsgestalterische Kunstgriff und gleichzeitig eine besondere Herausforderung der Museumsgestaltung wird die geplante »wechselseitige Verbindung der Ausstellungsetagen« sein. Diese Verschränkung, die Überblick und »exemplarische Vertiefung« gewährleisten soll, hat zum Ziel, die Ausstellung für ein »heterogenes Publikum« individuell besuchbar zu machen. Das bedeutet, sie möchte »den verschiedenen

125 Vgl. die kurze Beschreibung der Architektur auf der Website der SFVV: <https://www.sfvv.de/de/k%C3%BCnftiges-dokumentationszentrum/architektur-martemarte> (letzter Zugriff: 23.03.2018).

126 Regente: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2017.

127 Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Konzept für die Dauerausstellung, 2017, S. 4.

128 Ebd., S. 8.

129 Vgl. für die detaillierte Gliederung des Konzeptpapiere: ebd., S. 10.

Zielgruppen und Interessenlagen entgegen« kommen und so Besucher oder Besuchergruppen ansprechen, die sich beispielsweise primär für einen thematischen Überblick oder vor allem für die Vertreibung der Deutschen interessieren. Dennoch soll durch die geschickte Verzahnung der verschiedenen Ausstellungsteile ein sinnvolles Ganzes konstituiert werden. Zudem will diese ›mehrfache Begehbarkeit‹ der Ausstellung modernen museumsdidaktischen Ansprüchen genügen und alle Ausstellungsteile sollen »an aktuelle schulische Lehrpläne anknüpfen«. Die Verbindung von »Überblick und exemplarischer Vertiefung« wird museumsdidaktisch als besonders wertvoll für die »historisch-politische Urteilsbildung« der Besucher erachtet.<sup>130</sup>

Gestalterisch soll sich die geplante Ausstellung aus medialen Inszenierungen (vor allem im ersten Obergeschoss), Originalobjekten (zentral im zweiten Obergeschoss) und mit diesen verbundenen biografischen, »erfahrungsgeschichtlichen Erzählansätzen« zusammensetzen und so individuelle Zugänge aufzeigen, Multiperspektivität gewährleisten und unterschiedliche »Interessen, Motive und Handlungsspielräume« herausarbeiten. Vorgestellte Biografien einzelner Menschen weisen dazu »zeitlich und thematisch über das Kerntema« hinaus. Die ausgestellten Exponate setzen sich aus »dreidimensionalen Objekten, Erinnerungsberichten, Ego-Dokumenten und Zeitzeugeninterviews« zusammen.<sup>131</sup>

Die Planungen sehen vor, dass sowohl ein multiperspektivischer Ansatz anhand einzelner Exponate verfolgt wie auch Besucher durch »interaktive Stationen [...] zum Mitmachen« angeregt werden. Zudem sollen »die Erfahrungsebene angesprochen und somit lebensweltliche Bezüge hergestellt und historische Orientierung« geboten werden. Die gesamte Ausstellung mit ihren verschiedenen Vermittlungstechniken soll dem Besucher »ein partizipatives Ausstellungserlebnis [...] ermöglichen.«<sup>132</sup>

Der Besucher wird die künftige Dauerausstellung über eine in das erste Obergeschoss führende monumentale Treppe erreichen. Dort »öffnet sich ein weitläufiger, stützenloser Raum«, in dem das erste Kapitel der Ausstellung »Das Jahrhundert der Flüchtlinge – Zwangsmigrationen in Europa« mit seinen verschiedenen Themeninseln zur freien Begehung einlädt.<sup>133</sup>

Zunächst soll der Blick auf eine multimediale Installation gelenkt werden, die in Form »dynamischer Karten, Animationen und Erklärfilmen« die Dimensionen und Vielfalt von Zwangsmigrationen im Europa des 20. Jahrhunderts darstellen wird.<sup>134</sup> Als »konstitutives« Element europäischer Geschichte werden in diesem Überblick die verschiedenen Formen von Zwangsmigrationen präsentiert und differenziert: Evakuierungen, Flucht, Vertreibungen, Zwangsaussiedlungen und Deportationen. Hier soll der Unterschied zwischen ›ethnischer Säuberung‹ (die als vergleichsweise neuer Terminus eingeführt wird) und Genozid aufgeschlüsselt werden, ohne die »teilweise fließenden« Grenzen auszuklammern. Dies wird anhand der Beispiele des Völkermordes an den

130 Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Konzept für die Dauerausstellung, 2017, S. 6f.

131 Ebd., S. 8f.

132 Ebd., S. 9.

133 Ebd., S. 7.

134 Ebd. Siehe als Beispiel für eine solche dynamische Karte: Imagefilm der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2017, Minute: 00:38-01:02.

Armeniern und des Holocausts diskutiert. Es ist geplant, den räumlichen Schwerpunkt auf Europa, genauer auf Ost- und Südosteuropa inklusive des zerfallenden Osmanischen Reiches, zu setzen. Mit einzelnen »globalen Fenstern« soll die weltweite Dimension von Zwangsmigration, beispielsweise anhand des zerfallenden Britisch-Indien und dessen Nachfolgestaaten Indien und Pakistan gezeigt werden. Dieser Überblick führt schließlich mit der Thematisierung von jüngsten Flucht- und Vertreibungsbewegungen in Syrien und dem Irak in die Gegenwart. Darüber hinaus soll die mediale Installation eine laufende Aktualisierung von »Daten und Zahlen« ermöglichen und durch dieses Panorama die Botschaft vermittelt werden, dass Zwangsmigrationen eine Konstante von militärischen und staatlichen Auseinandersetzungen sind, diese zugleich aber durch den ethnischen und administratorischen Fortschritt sowie durch den gesteigerten Nationalismus im 20. Jahrhundert eine neue Dimension erreichten.<sup>135</sup>

Der Überblick ist in drei europäische »Kriegsdekaden« des 20. Jahrhunderts aufgegliedert: Die erste Dekade führt von 1912 bis 1923, fängt mit den Vertreibungen auf dem Balkan an und endet mit dem international sanktionierten griechisch-türkischen »Bevölkerungsaustausch« sowie seiner globalen Wirkung als Präzedenzfall. Die zweite Phase deckt den Zeitraum von 1938 bis 1948 ab und beginnt mit der nationalsozialistischen Expansionspolitik und den diese begleitenden Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen, von denen die Deutschen schließlich selbst »in immenser Zahl« betroffen waren. Auch in diesem Abschnitt sollen Unterschiede nicht negiert, sondern spezifische Charakteristika, »Motivlagen« und Verbindungen aufgezeigt werden. Schließlich endet dieser Bereich mit dem verstärkten internationalen Flüchtlingschutz in Folge des Zweiten Weltkrieges. Als »dritte Kriegsdekade« werden die Jugoslawienkriege der 1990er Jahre verstanden. Diese Phase von erneuten Massenvertreibungen und Kriegsverbrechen soll ebenso dargestellt werden wie die folgende verschärzte internationale Ächtung von Zwangsmigrationen, verbunden mit einem Interventionsrecht der internationalen Staatengemeinschaft und dem damit angestrebten Rückkehrrecht von Flüchtlingen und Vertriebenen nach Kriegsende. Insgesamt soll den »jeweiligen internationalen Machtverhältnissen«, die als entscheidend für die Zwangsmigrationen erachtet werden, viel Raum gegeben und so von Lausanne 1923 über Potsdam 1945 zu Dayton 1995 die Verantwortungsgemeinschaften und Handlungsspielräume der Akteure zur Diskussion gestellt werden.<sup>136</sup>

Um diese im Mittelpunkt stehende umfängliche Installation gruppieren sich fünf »Themeninseln«, die als »historische Längsschnitte zu Fragestellungen, die auf das Thema Zwangsmigration gerichtet« sind, angesehen werden und eine Vertiefung der Überblicksdarstellung ermöglichen sollen. Diese zeigen nicht nur »Ursachen und Begleiterscheinungen« von Zwangsmigration in Europa, sondern auch »gesellschaftspolitische Diskurse im Europa des 20. Jahrhunderts«. Damit einher geht das Ziel, den Besucher nicht nur mit Informationen, sondern auch mit Fragen und Kontroversen zu konfrontieren: Dieser soll hier die aus der eigenen »Lebenswelt« und »aktuellen Debatten« entwickelten gegenwärtigen Perspektiven mit historischen Themen verbinden können.<sup>137</sup>

135 Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Konzept für die Dauerausstellung, 2017, S. 14f.

136 Ebd., S. 15f.

137 Ebd., S. 16f.

In der ersten Themeninsel »Begriffe und Kontroversen« werden die für die Ausstellung konstitutiven Termini historisiert und ihre diskursive politische Konstruktivität dargelegt. Neben der bundesdeutschen und der DDR-Begriffsgeschichte von »Flucht und Vertreibung« sollen die polnischen und tschechischen Begriffe für das Geschehen vorgestellt und in ihren spezifischen Konnotationen erklärt werden. Dieser Erläuterung schließt sich ein »Glossar« der »in der Ausstellung verwendeten Begriffe« an: »Vertreibung, Deportation, Zwangsaussiedlung, Bevölkerungsaustausch, Evakuierung, ethnische Säuberungen, Transfer etc.« Mit der Diskussion derselben geht der Versuch einer transparenten Darstellung und Erklärung der von der Stiftung verwendeten Begriffe und ihrer Definitionen einher, die als Ergebnis eines Auswahlprozesses vorgestellt werden sollen.<sup>138</sup>

Die zweite Themeninsel »Nation und Nationalismus« stellt zunächst zwei grundlegende Modelle von Staatsbürgerschaft in der Moderne vor: das französische und US-amerikanische Konzept der politischen Staatsbürgerschaft im Kontrast zum ethnisch definierten Volksverständnis, das in Deutschland und Ostmitteleuropa ab dem 19. Jahrhundert maßgeblich war. Besonders die Eskalation des Nationalismus in Form von Rassismus, der Angst vor vermeintlicher und tatsächlicher Illoyalität von »fremden« Staatsbürgern sowie die damit einhergehenden Konflikte zwischen Mehr- und Minderheiten bis hin zu Planungen und Durchführungen von Vertreibungen sollen hier thematisiert werden. In den Überlegungen des Papiers schließt dieser Bereich mit Fragen an die Besucher nach ihren eigenen Selbstidentifikationen.<sup>139</sup>

Unter dem Titel »Zwang und Gewalt« soll in der dritten Themeninsel die für die meisten Zwangsmigrationen konstitutive Gewalterfahrung exponiert werden. Einen besonderen Platz nehmen die »sexuelle Gewalt im Kontext ethnischer Säuberungen« sowie die zumeist folgende Tabuisierung dieses Geschehens und der damit verbundenen Traumata ein. Für die thematisierten Gewaltakte gelte, dass diese im konkreten Moment zumeist asymmetrisch seien. Dem Besucher soll aber vermittelt werden, dass häufig von einer Wechselwirkung von Gewalterfahrung und Gewaltausübung in »zwi-schenethnischen Konflikten« zu sprechen ist, womit sich auch die spezifische Frage nach den Akteuren und ihren Motivationen verbindet.<sup>140</sup>

Die vierte Themeninsel »Lager – Transit und Provisorium« diskutiert das Lager als weiteres konstitutives Element von Zwangsmigrationen. Dargestellt werden sollen hier verschiedene Formen von »Internierungs- und Ausweisungslager, Aufnahme- und Durchgangslager«, Gewalt, Willkür und Kontrolle ebenso wie Schutz und Hoffnung und das häufig jahrelange Leben in diesen provisorischen Unterkünften (»Das Lager als Erfahrungsraum und sozialer Mikrokosmos«).<sup>141</sup>

Die letzte Themeninsel »Völkerrecht und Menschenrechte« ist der Rechtsgeschichte der Zwangsmigration gewidmet. Vom international sanktionierten »Bevölkerungsaustausch« nach dem Ersten Weltkrieg bis hin zur Ächtung und strafrechtlichen Verfolgung durch den als Beispiel hier angeführten Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag

138 Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Konzept für die Dauerausstellung, 2017, S. 18.

139 Ebd., S. 18f.

140 Ebd., S. 19.

141 Ebd., S. 20.

seit 2002 sollen die einschneidenden Entwicklungen dargestellt werden. So könnte Den Haag dem Besucher »eventuell in der gestalterischen Form eines Gerichtsaales« plastisch nähergebracht werden. Ein weiteres Element dieser Themeninsel ist die Frage der Menschenrechte und des »Menschenrechtsdiskurses« seit 1945 und dessen Einfluss auf das Völkerrecht. Das bis heute existierende Spannungsfeld von Bürgerrecht und staatlicher Souveränität und der gelegentlich mit letzterer gerechtfertigten Diskriminierung von nationalen Minderheiten soll diskutiert und »bei jungen Besuchern« das »Bewusstsein für diese heute wieder brisante Konfliktlage« geschärft werden. Dies wird als »ein wichtiges didaktisches Ziel der Ausstellung« angesehen.<sup>142</sup>

Den Überlegungen des Konzeptionspapiere zufolge wechselt der Besucher nun in das zweite Obergeschoß zum Themenfeld »Flucht und Vertreibung der Deutschen im europäischen Kontext«. Der Beginn der Zwangsmigrationen im Zweiten Weltkrieg wird im Bereich »Totalität und Entgrenzung: Deutsche Expansionspolitik und Zweiter Weltkrieg (1938-1944)« mit der Zerschlagung der ČSR 1938/39 gesetzt. Der folgende verbrecherische »Eroberungs- und Vernichtungskrieg« gegen Polen und die Sowjetunion sowie die damit einhergehenden, von Deutschland verursachten Massenzwangsmigrationen werden hier thematisiert, wobei die NS-Politik gegenüber den ›Volksdeutschen‹ und die zeitgleich stattfindende ›Heim-ins-Reich‹-Bewegung in dieses Gefüge eingeordnet werden.<sup>143</sup>

Als Voraussetzungen der NS-Expansionspolitik werden der »völkische Nationalismus«, der Rassismus und die NS-Lebensraumideologie diskutiert. Das aufgezeigte verbrecherische Vorgehen ebenso wie die deutschen Planungen, beispielsweise in Form des »Generalplan Ost«, stellen die tatsächliche und drohende Gefahrenlage für die osteuropäischen Völker durch das nationalsozialistische Deutschland dar. Die antisemitische Politik des Nationalsozialismus und die damit einhergehenden Fluchtbewegungen der deutschen Juden nach 1933 sowie die Vertreibung der polnischen Juden aus Deutschland (1938) und die Deportationspläne sollen vorgestellt und schließlich die industrielle Ermordung der europäischen Juden als exzptioneller Tiefpunkt der exterminatorischen Rassenpolitik des Nationalsozialismus eingeordnet werden.<sup>144</sup>

Darauf folgend zeigt ein Bereich die »Deutsche Germanisierungs- und ›Lebensraum‹-Politik im besetzten Osteuropa«. Thema sind hier die Fluchtbewegungen aus dem vom Deutschen Reich annexierten Sudetenland sowie die folgende Besatzungspolitik im ›Protektorat Böhmen und Mähren‹. Sowohl die Rolle der nationalsozialistischen Sudetendeutschen Partei (SdP) als auch die Minderheitenpolitik der ČSR werden als Teil der Vorgeschichte diskutiert. Daran schließt sich die Darstellung des besetzten Polen als »Hauptschauplatz« für die geplante nationalsozialistische Neuordnung Osteuropas und die unmittelbar nach der Besetzung beginnenden Vertreibungen von Polen aus den annexierten Gebieten an. Dabei werden auch die Rolle der Sowjetunion und deren Besatzungsherrschaft sowie die damit verbundenen sowjetischen Zwangsumsiedlungen von Polen diskutiert.<sup>145</sup>

142 Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Konzept für die Dauerausstellung, 2017, S. 21f.

143 Ebd., S. 24.

144 Ebd., S. 24f.

145 Ebd., S. 25.

Ein Schwerpunkt dieses geplanten Ausstellungsteils ist die Umsiedlung der ›Volksdeutschen‹ in die annexierten polnischen Gebiete. Sie werden »sowohl [als] Profiteure als auch [als] Opfer einer Umsiedlungspolitik im Graubereich zwischen Freiwilligkeit und Zwang« verstanden, die schließlich am Ende des Krieges alle (erneut) von Zwangsmigration betroffen waren. Anhand des Beispiels des SS-›Mustersiedlungsgebietes‹ im Kreis Zamość soll die enge Verbindung der Ansiedlung von ›Volksdeutschen‹, der Vertreibung von Polen und des Holocausts dargestellt werden. Als weiteres Beispiel für die exterminatorische Kriegspolitik des Nationalsozialismus in Osteuropa wird die Blockade von Leningrad herangezogen. Ein eigener Themenbereich ist die *Deutsche Volksliste* und deren rassistische und sozialdarwinistische Struktur. Der Blick wird auch auf die Region des von NS-Deutschland und Italien zerschlagenen Jugoslawien und des neu geschaffenen Marionettenstaates ›Unabhängiger Staat Kroatien‹ sowie seine Vertreibungs- und Vernichtungspolitik gegenüber Serben und Juden gerichtet. Die in Südosteuropa besonders enge Verbindung von Volksdeutschen und Waffen-SS nebst deren Exzessen in diesem Raum sollen ebenso thematisiert werden.<sup>146</sup>

In einem weiteren Abschnitt erfolgt die Darstellung der »Deportation ethnischer Gruppen im Zweiten Weltkrieg« durch die Sowjetunion. Die Linien der sowjetischen Bevölkerungs- und Nationalitätenpolitik werden von den 1920er Jahren bis hin zu ihrer Eskalation und Kollektivbestrafung von vermeintlich oder tatsächlich mit NS-Deutschland kollaborierenden Bevölkerungsgruppen gezeigt, darunter die Deportation der Wolga- und Schwarzmeerdeutschen.<sup>147</sup>

Im nächsten Ausstellungsabschnitt sollen die »Pläne der Alliierten und der Exilregierungen für eine Nachkriegsordnung Europas durch Vertreibungen (1939-1945)« diskutiert und die verschiedenen Entwicklungen, die zu den Vertreibungen führten, zusammenführend als ein »Bedingungsgeflecht« besprochen werden. Sowohl die zu diesem Zeitpunkt anerkannte Konfliktlösung durch ›Bevölkerungstransfers‹ als auch der weithin als Stabilität gewährleistend betrachtete ethnisch homogenisierte Nationalstaat werden angeführt, aber auch die Bestrebungen, »Vergeltung und Strafe für die aggressive Expansions- und Besetzungspraktik Deutschlands« auszuüben, sowie »partikulare staatliche Machtinteressen«. Als grundlegend für die alliierten Entscheidungen betrachtet das Papier die »Präzedenzfälle« der NS-Bevölkerungspolitik ebenso wie den griechisch-türkischen ›Bevölkerungsaustausch‹.<sup>148</sup>

Das Konzeptionspapier von 2017 sieht die Diskussionen erster Aussiedlungspläne unmittelbar nach Kriegsbeginn 1939 über die im Kriegsverlauf zunehmend radikaler werdenden Planungen der Exil-Regierungen und der britischen Führung in die als entscheidend bewerteten Überlegungen der Siegermächte und ihre Verhandlungen übergehen. Diese Planungen seien schließlich zum großen Teil durch die Fluchtbewegungen und ›wilden Vertreibungen‹ konterkariert oder überholt worden und die in Potsdam erhobene Forderung nach »ordnungsgemäßen und humanen« Umsiedlungen hätte sich als Illusion herausgestellt.<sup>149</sup>

146 Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Konzept für die Dauerausstellung, 2017, S. 25-27.

147 Ebd., S. 27.

148 Ebd., S. 28.

149 Ebd., S. 28f.

Thema des folgenden Teiles sind die »Evakuierungen und Flucht der Deutschen in den letzten Kriegsmonaten (1944/45)«. Hierbei soll eine klare Differenzierung der verschiedenen Prozesse sowie die Darstellung erheblicher regionaler Unterschiede erfolgen. In diesem Ausstellungsteil zeigen biografische Darstellungen die »Bandbreite der Erfahrungen«; neben den schwerpunktmaßig dargestellten Fluchtbewegungen der Deutschen wird auch die anderer Gruppen betrachtet. Die Gestaltung dieses Ausstellungsteils durch Objekte unterschiedlicher Herkunft soll eine multiperspektivische Betrachtung ermöglichen und beispielhaft die Wirkmacht bestimmter Bilder für die bundesrepublikanische Erinnerung herausstellen. Mit der Darstellung verschiedener Ereignisse der letzten Januarwoche 1945, die hierfür beispielhaft ausführlich thematisiert wird, zeigt sich die Idee des Papiers, völlig verschiedene Erfahrungshorizonte deutlich zu machen. Neben dem Untergang der mit vielen tausend Flüchtlingen be mannten *Wilhelm Gustloff* sollen der weiter andauernde Massenmord an den Juden in Form eines deutschen Massakers an jüdischen KZ-Häftlingen in Ostpreußen, die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, die fortgesetzten Todesmärsche aus den Konzentrationslagern ebenso wie die in dem Zeitraum stattfindende Uraufführung des NS-Propagandafilmes *Kolberg* diesen Horizont aufzeigen. »Autobiographische Fluchtbereichte« sollen das geschilderte Geschehen ergänzen und diese gleichzeitig kontextualisieren.<sup>150</sup>

Die regionale Untergliederung wird aufgeteilt in die Flucht

- aus Ostpreußen, Westpreußen und Danzig,
- aus Schlesien, Pommern und dem östlichen Brandenburg sowie
- die Evakuierung und Flucht aus Südosteuropa.

Anhand des ostpreußischen Erinnerungsortes »Nemmersdorf«, in dem die Rote Armee ein Massaker an der deutschen Zivilbevölkerung verübte, werden Angst und Gewalt, aber auch die propagandistische Aufwiegelung und Ausnutzung dieses Ereignisses durch die NS-Propaganda diskutiert. Ein weiteres, die Komplexität der Ereignisse unterstreichendes, Beispiel soll das Schicksal von Breslau und seiner Zivilbevölkerung sein, die bereits vor den Vertreibungen hohe Verluste durch die rücksichtslose Verteidigung der Stadt zu verzeichnen hatten.<sup>151</sup>

Im abschließenden Teil des zweiten Ausstellungskapitels »Die ethnisch-territoriale Neuordnung Ostmittel- und Südosteuropas (1944-1948)« wird mit dem »Schwerpunkt der Betrachtung« auf der Vertreibung der Deutschen »die Hauptphase der gewalt samen Bevölkerungsverschiebungen in Europa im 20. Jahrhundert« thematisiert. Die »12 bis 14 Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen« mit ihren »hunderttausenden Todesopfern« werden nicht als einheitliche Großgruppe verstanden, sondern in Einzelgruppen und Individuen differenziert. Die Darstellung weiterer von Vertreibung betroffener Bevölkerungsgruppen Europas in diesem Zeitraum »veranschaulicht zum einen das besondere

<sup>150</sup> Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Konzept für die Dauerausstellung, 2017, S. 29f.

<sup>151</sup> Ebd., S. 30-32.

Ausmaß der Vertreibung der Deutschen und zeigt zum anderen die enge Verknüpfung einzelner Vorgänge in ihrem Ablauf auf«.<sup>152</sup>

Betont werden soll, dass die Vertreibungen zumeist nach Ende der Kampfhandlungen beziehungsweise nach Kriegsende erfolgten und so integraler Bestandteil der aviisierten alliierten »Etablierung einer Nachkriegsordnung« waren. Obgleich zum großen Teil im Frieden, fand die Zwangsaussiedlung der Deutschen in durch die vorherige Besatzung und den Krieg zerrütteten Gesellschaften statt. Erschwerend kam hinzu, dass sich die staatliche und rechtliche Ordnung erst wieder etablierte. Eine Folge davon war die fast permanente Präsenz von Gewalt, auch als bewusstes Mittel zur Beschleunigung der Vertreibung. Von dieser waren nicht nur die Deutschen betroffen, sondern auch andere Gruppen wie die Polen. Gleichzeitig verbanden sich die Gewaltausbrüche auch mit länger andauernden nationalen und sozialen Konflikten. Im Falle der Deutschen hätten die »jüngsten Erfahrungen deutscher Kriegsführungen und Besatzungsherrschaft« als ein entscheidender Faktor für die Gewalt »auf der Hand« gelegen. Die Vertreibung selbst wurde als Kollektivbestrafung verstanden, gerechtfertigt und als solche in Polen und der ČSR akzeptiert. Dieser Ausstellungsteil soll neben den Erzählungen der Opfer auch einen Blick auf Akteure vor Ort und ihre Motivation ermöglichen, durch verschiedene Erfahrungsbeispiele positiver wie negativer Art »das breite Spektrum möglicher Handlungsspielräume verdeutlichen« und schließlich auch als universell verstehbare Erfahrungen aufzeigen.<sup>153</sup>

Im folgenden Bereich stellt den Planungen zufolge erneut eine »dynamische Karte« die verschiedenen Zwangsmigrationen im Zeitraum von 1944 bis 1948 dar und möchte ein Gefühl für die »zeitliche, räumliche und zahlenmäßige« Dimension vermitteln, Zusammenhänge aufzeigen sowie die »tiefgreifende und nachhaltige« Änderung der »demographischen Struktur Ostmitteleuropas« verdeutlichen.<sup>154</sup> In der ersten der vier nach Räumen geordneten Einheiten werden die »Vertreibungen im Zusammenhang mit der Westverschiebung Polens« (1) präsentiert. Die Zwangsaussiedlung der Polen aus den *kresy* soll unter Berücksichtigung ihrer Spezifika in einer »vergleichenden Darstellung« die ethnische Homogenisierung »der verlorenen deutschen und polnischen Gebiete« zeigen. Im Folgenden werden die verschiedenen Stadien und Wege der Vertreibung der Deutschen dargestellt; dem Narrativ der vermeintlich organisierten und zivilen Aussiedlungen wird widersprochen. In einem Bereich ist die Zwangassimulationspolitik gegenüber den vermeintlich autochthonen Bevölkerungsgruppen wie den Oberschlesiern und Masuren das zentrale Thema.<sup>155</sup>

Die nächste vorgestellte Region ist »das nördliche Ostpreußen unter sowjetischer Verwaltung« (2).<sup>156</sup> Dem schließen sich als dritte behandelte Region die »Vertreibungen aus der Tschechoslowakei« (3) an. Die tschechoslowakische Regierung wird hier als Akteur hervorgehoben, ebenso die rechtliche Grundlage der durch »unter Edvard Beneš vorbereiteten und später parlamentarisch legitimierten Verordnungen (Beneš-Dekrete)«. Die Vertreibung, Entreichtung, Enteignung und Internierung der Deutschen

152 Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Konzept für die Dauerausstellung, 2017, S. 32.

153 Ebd., S. 32f.

154 Ebd., S. 33f.

155 Ebd., S. 34f. Vgl. Kap. 6.1, S. 281f.

156 Ebd., S. 35f.

sowie die »Gewaltexzesse« in Aussig oder der »Brünner Todesmarsch« werden als entscheidende Schritte dieser Geschichte verstanden. Dabei soll die Darstellung verdeutlichen, dass es sich »nicht um spontane Ausbrüche« von Rache handelte, sondern »dass sie [die Exzesse] fast immer organisiert auf staatlichen Befehl durchgeführt wurden«; die bewusst herbeigeführte Verschlechterung der Lebensbedingungen der deutschen Bevölkerung und die staatlich forcierten ›wilden Vertreibungen‹ sollten so »noch vor einem alliierten Beschluss Fakten [...] schaffen.« Neben der Zwangsmigration der Deutschen wird auch die der Ungarn bzw. der ›Bevölkerungsaustausch‹ zwischen Ungarn und der Slowakei ebenso wie die schwierige und oftmals gescheiterte Wiederbesiedlungs- politik der ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete der ČSR thematisiert.<sup>157</sup>

Als letzte Region wird Südosteuropa und damit »die Situation der deutschen Minderheiten in Ungarn, Jugoslawien und Rumänien bei Kriegsende« (4) in den Blick genommen. Die regional sehr unterschiedlichen Bedingungen und Zwangsmigrations- prozesse der Deutschen sollen so erfasst werden: die besonders brutale und verlustreiche Masseninternierung der Deutschen in Jugoslawien ebenso wie die letztlich nur zur Hälfte zwangsausgesiedelten Ungarndeutschen bis hin zu den Rumäniendeutschen, die trotz des Schicksals der Deportationen von 70.000 Angehörigen in die Sowjetunion »bis zum Fall des Eisernen Vorhangs [...] eine intakte deutsche Minderheit« bilden konnten.<sup>158</sup>

Im dritten Oberkapitel soll unter dem Titel »Vertriebene und Flüchtlinge in Deutschland seit 1945« die »in der historischen Rückschau [...] schwierige und langwierige, aber letztlich gelungene« Integrationsgeschichte der deutschen Vertriebenen in der Bundesrepublik und der DDR erzählt werden. Im Gegensatz und in Ergänzung zu einer vereinfachten ökonomischen Erfolgsgeschichte wird auch die schwierigere immaterielle Integration diskutiert. Dabei will sich die Darstellung nicht nur auf das Ankommen der deutschen Vertriebenen nach 1945 beschränken, sondern sie zeigt auch die kontinuierliche Zuwanderung der Spätaussiedler in die Bundesrepublik und nimmt die in Osteuropa verbliebenen deutschen Minderheiten in den Blick. Außerdem soll sie die Folgen der Vertreibungen für die Staaten Ostmitteleuropas aufzeigen. Die Debatten innerhalb Deutschlands sowie sein damit verbundenes Verhältnis »zu seinen östlichen Nachbarn« werden chronologisch strukturiert und mit »entscheidenden Etappen eines langsamens Wandels« als »verflochtene Geschichte« erzählt. Weiter sollen hier Konflikte zwischen staatlicher (Geschichts-)Politik, Initiativen der Vertriebenen wie dem BdV und individuellen Erinnerungen (»Familiengedächtnis«) diskutiert werden.<sup>159</sup>

Der erste von vier Unterpunkten der Nachkriegsgeschichte beschäftigt sich unter dem Titel »Ein gesellschaftliches Experiment« mit den komplizierten Verhältnissen nach Kriegsende und den improvisierten, aber unter dem Strich effektiv durchgesetzten alliierten Assimilationsplänen. Die organisatorische Aufnahmegeschichte soll jedoch eher den Hintergrund für die in diesem Ausstellungsteil zentralen »Lebenswelten und Erfahrungen der Flüchtlinge und Vertriebenen« bilden. Die Schwierigkeiten unterstreichend, soll »herausgearbeitet [werden], dass damals in Deutschland keine Will-

157 Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Konzept für die Dauerausstellung, 2017, S. 36f.

158 Ebd., S. 37f.

159 Ebd., S. 40f.

kommeneskultur herrschte.« Der tiefgreifende demographische Wandel führte zu einer nachhaltigen (wenn auch regional unterschiedlich intensiven) Veränderung Deutschlands, wofür die »konfessionelle Landkarte« als besonders signifikantes Beispiel herangezogen wird.<sup>160</sup>

Im zweiten Bereich soll mit »Konfliktgesellschaft und deutsche Frage« die rechtliche und organisatorische Integrationsgeschichte der deutschen Vertriebenen beschrieben werden. Das Lastenausgleichsgesetz von 1952 und das Bundesvertriebenengesetz von 1953 erhalten hier ebenso Raum wie die *Charta der deutschen Heimatvertriebenen* und die politischen Vertretungen der Vertriebenen bis hin zur Gründung des Bundes der Vertriebenen. Am Beispiel der Charta wird anhand verschiedener Kommentare »die Bandbreite der Interpretationen dieses kontrovers diskutierten Dokuments aufgezeigt«, wie auch die Belastung des Vertriebenenministeriums, der Verbände und Parteien »vor dem Hintergrund personeller Kontinuitäten von NS-Staat und Bonner Republik« reflektiert wird. Der Einfluss der Vertriebenen und ihrer Verbände in der deutschen Innenpolitik wird ebenso wie ihre (wechselseitige) Instrumentalisierung im Kalten Krieg aufgezeigt.<sup>161</sup>

Daran schließt sich der dritte Teil dieses Ausstellungsbereiches an: »Zwischen Polarisierung und Verständigung«. Hier soll der Weg zur neuen Ostpolitik der Regierung Brandt im Klima der internationalen Entspannungspolitik behandelt werden: Vordenker und Initiativen wie der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe 1965 finden hier ebenso wie die Vertragswerke von Moskau (1970), Warschau und Prag (beide 1973) ihren Platz. Die heftige Bekämpfung dieser Politik durch die Vertriebenenverbände soll hier ebenfalls Raum erhalten. Zugleich soll gezeigt werden, dass die durch die Verträge erreichte Erleichterung der Reisebestimmungen vielen Vertriebenen einen ersten Besuch in ihrer alten Heimat ermöglichte und häufig alte und neue Bewohner, »Vertriebene und ihre Nachkommen durch [diese] grenzüberschreitenden Kontakte zur Verständigung« beitragen. Die ab den 1970er Jahren verstärkt auf das Ziel der Bewahrung ausgerichtete Kulturförderung nach dem Bundesvertriebenengesetz soll hier ebenso wie der Bund der Vertriebenen aus einer historischen Perspektive betrachtet werden.<sup>162</sup>

Der geplante letzte Bereich dieses Ausstellungsteiles und der Dauerausstellung insgesamt ist unter den Titel »Erinnerung und Gedächtnis im Wandel« gefasst und behandelt die Zeit nach 1989. Der Zwei-Plus-Vier-Vertrag, die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und das deutsch-deutsche Zusammenwachsen auch in Fragen der Erinnerung an die Vertreibung sind Gegenstand der Diskussionen in diesem Bereich. Erneut werden Wege der Versöhnung von organisierten und nicht organisierten Vertriebenen vorgestellt, aber auch ein besonderes Augenmerk auf polnische und tschechische Initiativen gerichtet, die das deutsche Erbe ihrer Region zunehmend als Teil ihrer eigenen Identität verstehen. Für die Entwicklung der internationalen Ebene sollen »wichtige symbolpolitische Gesten der Verständigung« gezeigt werden.<sup>163</sup>

160 Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Konzept für die Dauerausstellung, 2017, S. 41f.

161 Ebd., S. 42f.

162 Ebd., S. 43f.

163 Ebd., S. 45.

Einen eigenen Platz nimmt der Wandel der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur seit den 1990ern ein. Zum einen führte ein selbstkritisches Geschichtsbewusstsein unter anderem zum Bau des Denkmals für die ermordeten Juden Europas, zum anderen lässt sich aber auch eine neue deutsche Beschäftigung mit »eigenen Verlusterfahrungen« konstatieren, die sich in Belletristik und Medien manifestiert hat. Weiter soll auf das fortdauernde »innen- und außenpolitische Konfliktpotential« des Themas anhand der Diskussion um die ›Beneš-Dekrete‹ und die Preußische Treuhand sowie nicht zuletzt um die Initiative für ein Zentrum gegen Vertreibungen von Erika Steinbach und Peter Glotz hingewiesen werden. Die Gründung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung 2008 »unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums« wird schließlich als Integration »der Vertriebenen auf institutioneller Ebene in das kulturelle Gedächtnis des vereinigten Deutschlands« verstanden »und explizit in den Kontext einer auf Verständigung und Versöhnung ausgerichteten Kulturarbeit gestellt.«<sup>164</sup>

In dem vorliegenden Konzeptionspapier wird als Ende und Ausblick der Ausstellung eine Diskussion von »Flucht und Vertreibungen« im »21. Jahrhundert [als bleibende] globale Herausforderung [...] auch für die deutsche Gesellschaft« angedacht und mit einem Verweis auf den »Höhepunkt der Flüchtlingsankunft in Europa« 2015 eine Aktualisierung vorgenommen: »Für viele Menschen verbindet sich die Auseinandersetzung mit den Folgen von Flucht und Vertreibung auch heute noch mit Ängsten, Vorurteilen, Empathie und Hilfsbereitschaft.«<sup>165</sup>

### 7.1.5 Konzeptionsanalyse

Wenn wir uns den oben behandelten Anspruch an die Stiftung und ihr Selbstverständnis in Erinnerung rufen, wird bei Betrachtung des vorliegenden Konzeptionspapiers das Suchen nach einer ausgewogenen und den verschiedenen Forderungen gerecht werdenden Darstellung sehr deutlich. Der auf die Vertreibung der Deutschen gelegte Schwerpunkt erfüllt ebenso wie eine umfassende Behandlung der mit dieser in kausalem Zusammenhang gezeigten deutschen Aggression und Vernichtungspolitik vor dem und im Zweiten Weltkrieg sowohl die Forderungen der Vertriebenenverbände als auch die der Kritiker. Die Stiftung plant dafür zum einen die Darstellung weiterer europäischer Zwangsmigrationen des 20. Jahrhunderts, darunter die Zwangsaussiedlung der Polen aus den *kresy* sowie das punktuelle Aufzeigen der globalen Dimension. Zum anderen soll mit der Skizzierung der Ideengeschichte der staatlichen Massenvertreibungen auch die über die 1930er und 1940er Jahre hinausgehende Bedeutung der Thematik herausgestellt werden. Eine sinnvolle Verzahnung dieser Elemente soll eine entsprechend geschickt aufgebaute Ausstellung gewährleisten.

Dafür wird für die Ausstellung mit dem Einsatz multimedialer Installationen und dem klassischen Exponat ebenso wie mit szenografischen Elementen ein Zusammenspiel verschiedener Gestaltungstechniken angedacht. Die beschriebenen digitalen Karten, die die quantitative, europäische und globale Dimension von Flucht- und Vertrei-

<sup>164</sup> Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Konzept für die Dauerausstellung, 2017, S. 45f.

<sup>165</sup> Ebd., S. 46.

bungsbewegungen visualisieren sollen, zeigen – wie in Kapitel 3 der vorliegenden Studie beschrieben – die für die meisten Zwangsmigrationen konstitutiven Wechselwirkungen auf. Zugleich soll die Digitaltechnik ermöglichen, zeitnah aktuelle Zwangsmigrationen in die Dauerausstellung zu integrieren und so deren Anspruch umsetzen, bis in die Gegenwart zu führen. Die Überlegung, die Rechtsgeschichte von Zwangsmigration anhand eines angedeuteten Gerichtssaals szenografisch erfassbar zu machen, unterstreicht das angestrebte Bemühen um physisch erfahrbare Elemente der Ausstellung. Die Exponate sollen unter anderem durch den Verbund mit biografischen Berichten das historische Geschehen veranschaulichen. Gerade anhand von Objekten soll aber auch Multiperspektivität ermöglicht werden, zum Beispiel in Form der Vorstellung verschiedener Betrachtungsweisen auf ein Objekt. Insgesamt deutet sich ein Wechselspiel aus sachlichen und emotionalen Zugängen an, von denen die letzteren dem Konzept zufolge aber durch die stete Kontextualisierung der historischen Ereignisse eingerahmt werden sollen. Auch für Zeitzeugen und die mit ihnen verbundene »erfahrungsgeschichtliche Dimension« wird in der Ausstellung Raum vorhanden sein.<sup>166</sup> Ihre Berichte sollen sich aber nicht nur auf das Geschehen von Flucht und Vertreibung beschränken, sondern durch deren Einordnung in die weitere Lebensgeschichte der Menschen einen umfassenderen Blick auf die Person und die Geschichte ermöglichen.

In Hinblick auf das verfolgte Besucherbild spricht das Konzeptpapier von einem partizipativen Ansatz, der verschiedentlich umgesetzt werden soll. Am interessantesten ist sicher das Beispiel der geplanten Diskussion wesentlicher Begriffe in der Ausstellung sowie die wenigstens punktuell oder zu Beginn vorgenommene, Transparenz schaffende Begründung des eigenen Vorgehens durch die Ausstellungsmacher. An verschiedenen Stellen soll der Besucher sowohl mit Fragen als auch Kontroversen konfrontiert und zur eigenen Positionierung aufgefordert werden. Bei der Diskussion des für die Thematik so zentralen Nationalitätsverständnisses sowie von Selbst- und Fremdzuschreibungen wird er zu einer Selbstdefinition und damit zur Reflektion eingeladen. Dennoch möchte man sich hier in keiner Beliebigkeit der Positionierung verlieren, sondern verfolgt einen den Menschen- und Bürgerrechten verpflichteten Bildungsauftrag.<sup>167</sup>

Als zentrales inhaltliches Element der Dauerausstellung sollen die Flucht und Vertreibung der Deutschen in ihren sehr unterschiedlichen Stadien, Formen und regionalen Ausprägungen differenziert und mit den damit verbundenen ganz unterschiedlichen Erzählungen und Erfahrungen gezeigt werden. Die Darstellung der besonderen Gruppe der Volksdeutschen sowohl als Opfer wie auch als Profiteure mehrfacher Zwangsmigrationen und Instrument der nationalsozialistischen ethnischen Neuordnung Osteuropas soll genutzt werden, um Schattierungen und Wechsel von Täter- und Opferschaft aufzuzeigen. Im Konzeptpapier deutet sich eine vergleichsweise zurückhaltende Thematisierung der Gewalterfahrungen ebenso wie der Lagerinternierungen an. Letztere werden in ihrer Doppelrolle im 20. Jahrhundert gezeigt, also als Ort des Schutzes *und* der Unterdrückung. Offen bleibt die Diskussion der deutschen Opferzah-

166 Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Konzept für die Dauerausstellung, 2017, S. 8.

167 Ebd., S. 22.

len, die im Text mit »einigen Hunderttausend« angegeben wird.<sup>168</sup> Auf der einen Seite soll das in Kapitel 3.7 im Zusammenhang mit den vorhergehenden deutschen Verbrechen ausführlich besprochene Rachemotiv in der künftigen Dauerausstellung als eine Argumentation aufgezeigt werden, auf der anderen Seite aber auch die besonders im tschechoslowakischen Falle von staatlicher Seite organisierten ›spontanen Übergriffe‹ auf die deutsche Bevölkerung. Letztlich bleibt im Konzeptionspapier noch die Klärung offen, inwieweit das Rachemotiv als historische Erklärung trägt beziehungsweise wie dieses zu gewichten ist.

Wie oben gezeigt, soll in der Ausstellung ein doppelter Kontext von Flucht und Vertreibung verfolgt werden, wobei im Vergleich zum Konzept von 2012 verstärkt die kurze Linie, also eine Verortung im Kontext des Zweiten Weltkrieges und der deutschen Aggression, vorgenommen wird.<sup>169</sup> Ideengeschichtliche Grundlagen, anthropologische Konstanten, Beispiele anderer europäischer und globaler Zwangsmigrationen sowie ein gegebenenfalls für die Vertreibungen relevanter tschechischer oder polnischer Nationalismus werden im ersten Obergeschoss separat diskutiert. Inwieweit hier die Vernetzung gelingt, wird sich zeigen. Unabhängig von oder ergänzend zu der Diskussion solcher Verantwortungsfragen soll mit der multiperspektivischen Darstellung der letzten Januartage des Jahres 1945 die Komplexität von deutscher Täter- und Opferschaft aufgezeigt werden, ohne Empathie gegeneinander auszuspielen oder eine Hierarchisierung der Opfer vorzunehmen.<sup>170</sup> Die Verantwortung für die Vertreibungen wird im Papier der Stiftung überwiegend bei den alliierten Siegermächten gesehen, auf welche die ČSR und Polen nur einen geringen oder im letzteren Falle gar keinen Einfluss hatten. Die Frage nach der Notwendigkeit der Vertreibungen wird zunächst nicht diskutiert, sondern stattdessen auf die sich aus mehreren Faktoren zusammensetzenden Überlegungen der damaligen Siegermächte verwiesen, die in den stärker homogenisierten Nationalstaaten vor allem einen Friedensgaranten sahen.

Der Fokus der Stiftung lässt der deutschen Siedlungsgeschichte sowie dem multinationalen Zusammenleben in Ostmitteleuropa vor dem 20. Jahrhundert nur wenig Raum. Im Konzeptionspapier von 2017 wird in dieser Hinsicht bisher nur die Minderheitenpolitik der 1920er Jahre als Themenfeld angezeigt. Der Nationenbegriff sowie nationale Selbst- und Fremdzuschreibung sollen in der künftigen Dauerausstellung in Interaktion mit dem Besucher diskutiert werden. Es deutet sich an, dass nationale Eindeutigkeit und Konzepte von Ethnie und Volk so zu hinterfragen und die Existenz multipler Identitäten zu unterstreichen sind. Bezuglich der deutschen Minderheiten in Osteuropa fällt auf, dass die ›Volksdeutschen‹ im Papier primär als Instrument des Dritten Reiches und nicht als selbstständige Akteure betrachtet werden.<sup>171</sup> Anders verhält es

<sup>168</sup> Kittel et al.: Konzeption, 2012, S. 43. In der Konzeption von 2012 werden die deutschen Opferzahlen auf Basis der bisherigen Forschung diskutiert: Kittel et al.: Konzeption, 2012, S. 39. Vgl. zur Diskussion der Opferzahlen: Kap. 3.7, S. 134f.

<sup>169</sup> Vgl. Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Konzept für die Dauerausstellung, 2017, S. 18f.

<sup>170</sup> Einen vergleichbaren Ansatz hat bereits Walter Kempowski in seinem 1999 erschienenen Werk *Das Echolot. Fuga furiosa. Ein kollektives Tagebuch. Winter 1945* verfolgt, in dem er das Vertreibungsgegeschehen derart collagierte. Vgl. dazu das Interview mit Kempowski von 2002: »Der Ärger muss raus«, *Der Stern*, 03.04.2002.

<sup>171</sup> Vgl. z.B.: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Konzept für die Dauerausstellung, 2017, S. 24.

sich bei den Sudetendeutschen, deren Weg in das nationalsozialistische Deutschland und deren Beitrag zur Besatzungsherrschaft besprochen werden.

Das Konzeptionspapier sieht die künftige Ausstellung einem europäischen Narrativ verpflichtet. Diese Art der Erzählung soll sich nicht nur an den verschiedenen Fallbeispiele von Zwangsmigration im Europa des 20. Jahrhunderts zeigen, sondern auch an der multiperspektivischen Diskussion von Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges, die verschiedene europäische Stimmen zu Wort kommen lässt. Kern der in dem Konzeptionspapier skizzierten Erzählung ist die des doppelten Kontextes dieses Geschehens: Zwangsmigrationen als europäische Erfahrung des 20. Jahrhunderts sowie die nationalsozialistische deutsche Herrschaft mit Gewalt, Vertreibungen und Genozid vor und während des Krieges. Dieses Narrativ ordnet sich schließlich durch eine Erweiterung der Perspektive dem doppelten Ziel unter, zum einen Wege der Versöhnung aufzuzeigen und zum anderen den Blick auf gegenwärtige Zwangsmigrationen zu lenken. Dieser umfassende Anspruch kann konsequenterweise nur mit ›Mut zur Lücke‹ umgesetzt werden.<sup>172</sup> Im Papier finden wir beispielsweise nicht die von Philipp Ther geforderte *soziale* Differenzierung der von Zwangsmigration betroffenen Gruppen und so möglicherweise eine zu starke Konstruktion von vermeintlich homogenen Gruppen wie ›den‹ Deutschbalten.<sup>173</sup> Vergleichsweise unkonkret bleibt das Konzeptionspapier bei den Todeslagern, der Notwendigkeit der Vertreibungen und den Opferzahlen. Schließlich lässt es die Frage offen, wie die *Gewichtung* bei der Ursache und Verantwortung der Vertreibungen vorzunehmen ist.

Deutlich erkennbar ist der Wille zur Aktualisierung der Thematik: An verschiedenen Stellen soll durch »chronologische Längsschnitte« oder durch die Thematisierung aktueller Fluchtbewegungen ein Bogen in die Gegenwart gespannt werden.<sup>174</sup> Ebenso wird im Konzeptionspapier der mit der ›Flüchtlingskrise‹ von 2015 eng verbundene Begriff der »Willkommenskultur« verwandt und zwar in der Weise, dass diese für die deutschen Vertriebenen nach 1945 nicht vorhanden gewesen sei. Dennoch ist insgesamt ein zurückhaltendes Vorgehen in Hinblick auf die politische Forderung nach einer stärkeren Parallelisierung der historischen und aktuellen Ereignisse erkennbar, was sich zum einen in der im Papier vorgesehenen geringen Dimension der Darstellung aktueller Zwangsmigrationen und zum anderen in der kontextualisierenden Abgrenzung der Geschehnisse zeigt.

Die SFVV begegnet mit ihren Planungen für die künftige Dauerausstellung den unterschiedlichen und umfangreichen Herausforderungen der Darstellung von Flucht und Vertreibung vor dem Hintergrund der verschiedenen Ansprüche und eines anspruchsvollen Selbstverständnisses mit kreativen, aber noch zu konkretisierenden Ansätzen. Auf dem Papier wird sie diesen Ansprüchen gerecht. Die Stiftung plant für eine erfolgreiche Umsetzung einen umfassenden ausstellungsgestalterischen Methodenmix auf

<sup>172</sup> Vgl. für die Forderung zum »Mut zur Lücke« von Włodzimierz Borodziej in Bezug auf das HEH: Kap. 7.3.1, S. 463.

<sup>173</sup> Vgl. Kap. 3.5, S. 124.

<sup>174</sup> Vgl. z.B.: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Konzept für die Dauerausstellung, 2017, S. 15, 46.

der Höhe der Zeit und berücksichtigt zugleich die komplexe Historiographie, was sich in der abwägenden Diskussion der Ereignisse zeigt. Jahrzehntelangen Auseinandersetzungen innerhalb Deutschlands und mit seinen Nachbarn soll beispielsweise bei der Frage der Begriffe durch einen transparenten und den Besucherfordernden Ansatz konstruktiv begegnet werden. Diese Verbindung aus ansprechend aufbereiteter historischer Komplexität und dem Versuch, dem Besucher auf Augenhöhe zu begegnen, deuten im Sinne der eigenen und der an die Stiftung herangetragenen Ansprüche ein zukünftiges ‚Funktionieren‘ der Ausstellung an.

### 7.1.6 Rezeption der Planungen

Das Konzeptionspapier von 2017 löste weder eine mediale noch eine wissenschaftliche Debatte aus. Trotz dieses Papieres, das die vorherigen Konflikte reflektiert und zusammenführt, bleiben die in Kapitel 5.1 und 7.1.1 diskutierten Grundkonflikte in der Kontinuität der Diskurse um das Zentrum gegen Vertreibungen und die die SFVV bis 2014 fortlaufend begleitenden Diskussionen bestehen, vor allem die grundsätzliche Ablehnung einer auf die Vertreibung der Deutschen als Kernpunkt ausgerichteten Institution. Dies zeigt nicht zuletzt die Ende 2017 aufgekommene Diskussion um die Errichtung des polnischen Denkmals in Sichtweite und als ›Kommentar‹ zur SFVV. In der deutschen Presse wurde das verabschiedete Konzeptionspapier, wenn es denn thematisiert wurde, positiv und nach den vorhergehenden jahrelangen Turbulenzen als wichtiger und ausgewogener Schritt zur Eröffnung des Hauses besprochen.<sup>175</sup> In der *Berliner Morgenpost* hieß es:

»Fast möchte man von einem ersten kleinen Erfolg sprechen – die ›Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung‹ stellt das endgültige Konzept für die Dauerausstellung im Deutschlandhaus in Kreuzberg vor. Und was passiert? Niemand regt sich auf, keine Debatte, kein Shitstorm auf Twitter. Alles ruhig.«

In Hinblick auf eine mögliche stärkere Schwerpunktsetzung auf aktuelle Zwangsmigrationen sowie einen vermeintlichen Niedergang der Vertriebenenverbände heißt es weiter:

»Dass aktuelle Fluchtbewegungen wie aus Syrien hier auch zur Sprache kommen sollen, der berühmte Sommer 2015, passt zum Eindruck, dass der Radius der Dauerausstellung nun stark vergrößert wird: weg von der Fixierung aufs Deutsche, hin zu Europa, zur Welt. Und die Vertriebenen? Die haben sich wohl, trotz ihrer Verbände, schlicht überlebt. Sie sind nun auch Geschichte.«<sup>176</sup>

Aber auch die nationalkonservative *Junge Freiheit* konstatierte nach dem Austritt Erika Steinbachs aus der CDU – vor der Veröffentlichung der Konzeption von 2017, aber in Hinblick auf die bereits vorher angedeuteten Veränderungen – dass Steinbachs Vorfahrt, einen deutschen Erinnerungsort an Flucht und Vertreibung zu schaffen, »am

<sup>175</sup> Schulz: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung legt Ausstellungskonzept vor. *Der Tagesspiegel*. 21.06.2017.

<sup>176</sup> Leinemann: Deutsche Vertriebene im europäischen Kontext. *Berliner Morgenpost*. 24.06.2017.

Ende unter linksgrünem Dauerbeschuss bis zur Unkenntlichkeit verwässert und bis zur Parodie verzerrt werden sollte.«<sup>177</sup> In Vertriebenenkreisen wurde das Konzeptionspapier hingegen als ein »gelungener Kompromiss« bewertet, der alle Seiten sinnvoll berücksichtige. Dennoch bleibe das abschließende Ergebnis »mit großem Interesse« abzuwarten.<sup>178</sup>

Das Papier von 2017 hat in Polen bisher kein größeres Echo ausgelöst.<sup>179</sup> Ein Problem für die Außendarstellung der Stiftung ist, dass sie dort (und nach Auffassung des Autors nicht nur dort) vielfach als deckungsgleich mit oder unmittelbares Kontinuum des Zentrums gegen Vertreibungen betrachtet wird.<sup>180</sup> Auch wenn das Konzept – beispielsweise in der Thematisierung der nationalsozialistischen Belastung von Teilen der Vertriebenenverbände und Ministerien – einigen Forderungen aus Polen entgegengekommen ist, bleibt eine Skepsis gegenüber dem Projekt vorhanden. Spätestens die Eröffnung der Ausstellung dürfte auf große Resonanz stoßen.<sup>181</sup> Abgesehen davon befand sich Polen im Sommer 2017 selbst in schweren geschichtspolitischen Auseinandersetzungen, so um das Danziger Weltkriegsmuseum.

Das tschechische Nachrichtenportal *České noviny* widmete dem neuen Konzept einen längeren Artikel, in dem verschiedene Stimmen aus Tschechien zu Wort kamen. Die Besprechung hebt positiv hervor, dass die Verantwortung für die Vertreibungen auch in der künftigen Dauerausstellung in erster Linie bei den alliierten Siegermächten und erst in zweiter bei den ostmitteleuropäischen Staaten gesehen wird. Eine gewisse Skepsis zeigt sich gegenüber den als nicht spontan, sondern als staatlich organisiert beschriebenen Gewalttaten gegen die Deutschen in der Tschechoslowakei. Der Historiker Jaroslav Šebek unterstreicht in dem Artikel, dass die meisten Gewaltausübungen ihre direkte Ursache in der vorherigen langjährigen Gewalterfahrung durch den Nationalsozialismus sowie in dem konkreten Geschehen vor Ort gehabt hätten und überwiegend als spontane Reaktion zu klassifizieren seien. Weiter wird der Historiker Michal Stehlík zitiert, der in der avisierten Erzählung eine Kontextualisierung der tschechoslowakischen Entscheidung zur Vertreibung der Deutschen vermisst und eine einseitige Perspektive befürchtet – auch wenn in dem Artikel die im Konzeptionspapier verankerten Verweise auf das Münchner Abkommen und die NS-Verbrechen, die den Vertreibungen vorausgingen, erwähnt werden. Dabei wird unterstrichen, dass gerade das Fehlen (tschechoslowakischer) staatlicher Autorität die Gewalt befördert habe, diese auch von anderen Gruppen ausgegangen sei und auch andere Gruppen betroffen habe,

177 Paulwitz: Union in Auflösung. *Junge Freiheit*. 21.01.2017.

178 Fischer: Ein gelungener Kompromiss. *Der Westpreuße. Unser Danzig*. 2017.

179 Die polnische Historikerin und Politikerin Małgorzata Omilanowska beobachtet, dass das Geschehen um die SFVV in Polen medial derzeit nicht besonders aufmerksam verfolgt wird: Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa: Erinnerung bewahren – Zukunft gestalten, 2017, S. 50.

180 So Hołub u.a. in Bezug auf Krzysztof Ruchniewicz: Hołub: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung. 2014, S. 112. Vgl. Zabłocka-Kos: Więcej intelektu, mniej emocji/More Intellect, Less Emotion, 2013, S. 86.

181 Vgl. für diese Vermutung das Interview mit dem ehemaligen Direktor des MIIW, Paweł Machcewicz: Leister: Das Danziger Weltkriegsmuseum droht ein »kleinkariertes nationalistisches Zentrum« zu werden. *NZZ*. 13.07.2018.

wie Russen, Ukrainer und Ungarn. Die Gewalttaten durch tschechoslowakische Einheiten oder Partisanen könnten nicht entschuldigt werden, aber die Ausweisung der deutschen Bevölkerung »war politisch und sozial unvermeidlich«, so der in dem Artikel zitierte Historiker Jiří Padevět. Dies scheint das Papier für ihn nicht oder nicht ausreichend herauszustellen.<sup>182</sup>

In wissenschaftlichen Publikationen wurde das Konzeptionspapier von 2017 noch nicht erörtert, einige grundsätzliche Anmerkungen gelten jedoch auch für diese Konkretisierung des Konzeptes von 2012. So ist einer der grundlegenden Punkte das sinnvolle Zusammenführen deutscher Opfer- und Täterschaft, denn nur so sei eine Anschlussfähigkeit ins Ausland und an die bundesrepublikanische Erinnerungskultur gewährleistet. Dieses Zusammenspiel könne schließlich den individuellen Erfahrungen und Traumata der Vertriebenen gerecht werden, die ihren angemessenen Raum ohne wechselseitige Negation im weiteren historischen Kontext erhalten.<sup>183</sup>

Auch viele Kritiker der Grundkonzeption der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wie Tim Völkering sehen eine Existenzberechtigung für einen Ort, der die verschiedensten Zwangsmigrationsprozesse »vergleichend erforscht, dokumentiert, mu-seal präsentiert und vermittelt [...], um Vertreibung als Menschenrechtsverbrechen zu brandmarken und als politisches Mittel in Gegenwart und Zukunft zu ächten« und so national und international eine »wichtige Aufgabe [zu] erfüllen«.<sup>184</sup> Völkering identifiziert allerdings als ein Problem, dass die SFVV schließlich durch die Nichtbehandlung oder nur sehr punktuelle Präsentation der Kulturgeschichte der Deutschen Osteuropas und ihres jahrhundertelangen Zusammenlebens mit den anderen Völkern ein wesentliches Element der Gesamterzählung ausspare.<sup>185</sup>

Den im Konzept von 2017 nicht mehr präzisiert in der Form verfolgten Ansatz, die Zwangsmigrationen Europas in einer Zusammenschau zu zeigen, hatte Martin Schulze Wessel 2010 entschieden kritisiert, indem durch das Zeigen eines »breiten Panoramas« »in ihren Bedingungen, Folgen und Absichten [...] grundverschiedene« Ereignisse gezeigt und damit die Gefahr einer entscheidende Differenzen negierenden Parallelisierung drohe.<sup>186</sup> Paweł Machcewicz beschreibt das grundlegende polnische Problem mit einer Einordnung der Vertreibungen der Deutschen in eine solche europäische Reihe: Abgesehen von der grundsätzlichen Gefahr des Herunterspielens der deutschen Aggressionen und Verbrechen als Vorbedingung der deutschen Zwangsmigration sehe man das Geschehen *nicht* auf einer Stufe mit der Vertreibung der Bosniaken und Albaner durch die Serben. Außerdem lenke die herausgestellte und vermeintlich besondere Relevanz von Zwangsmigration für Europa von der zentralen Bedeutung des Zweiten

<sup>182</sup> Názory na poválečné výpady vůči Němcům v ČSR se liší. *České noviny*. 21.06.2017.

<sup>183</sup> Eckersley: Walking the Tightrope between Memory and Diplomacy? 2016, S. 112, 118f.

<sup>184</sup> Völkering: Die Musealisierung der Themen Flucht, Vertreibung und Integration, 2010, S. 80.

<sup>185</sup> Ebd., S. 95f.

<sup>186</sup> Schulze Wessel: Dem deutschen Opfervolke. *Süddeutsche Zeitung*. 18.10.2010. Weiter wird darauf hingewiesen, dass jede Ausstellung mit einer angemessenen Darstellung von 30 verschiedenen Zwangsmigrationsprozessen zwangsläufig überfordert sein müsse: Völkering: »Flucht und Vertreibung« ausstellen – aber wie? 2011, S. 36.

Weltkrieges und des Totalitarismus für das 20. Jahrhundert ab.<sup>187</sup> Eine ganz ähnliche Position veröffentlichte bereits 2007 die deutsch-polnische Kopernikus-Gruppe in einem Kommentar zu den Planungen des »Sichtbaren Zeichens« und des Museums des Zweiten Weltkrieges:

»Wer die Frage der ›Vertreibung‹ als die elementare Erfahrung des 20. Jahrhunderts darstellt, verdreht das Bild von der Geschichte Europas. Außerdem werden die tatsächlichen Ursachen der Vertreibungen, die Kriege, insbesondere der vom nationalsozialistischen Deutschland verursachte Zweite Weltkrieg, und der Totalitarismus ausgelöscht.«<sup>188</sup>

Der polnische Historiker Piskorski sah 2014 bereits im Titel der Stiftung einen Beleg für einen ungeschickten Ansatz, denn dieser fehle »schon im Namen die Kontextualisierung, denn wenn nicht der Krieg gewesen wäre, die Ursache allen späteren Übels, gäbe es keinen Grund, sich überhaupt zu versöhnen.«<sup>189</sup> Ein Ausweg wäre für ihn eine europäische Stiftung, welche nicht nur den historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges, sondern auch die bedeutende Reihenfolge der chronologischen Opfer des Krieges deutlich machen würde, nämlich zuerst die Polen und Juden, dann die Russen und schließlich die Deutschen. Er betonte, dass so ein gemeinsames Projekt entstehen könnte, in dem die deutschen Opfer auch ihren Erinnerungsort erhalten. Zugleich wäre mit einem solchen deutsch-polnischen Erfolg auch Europa gestärkt.<sup>190</sup>

Mitentscheidend für den letztendlichen nationalen und internationalen Erfolg der SFVV in Form der Anerkennung als wissenschaftlich, museumsdidaktisch und politisch relevanter Institution, wird eine breite gesellschaftliche Akzeptanz innerhalb Deutschlands ebenso wie in Europa und möglicherweise weltweit sein. Das heißt freilich nicht, dass die Stiftung Kontroversen aus dem Weg gehen soll – im Gegenteil: Der Kunstgriff muss sein, beides miteinander in einem konstruktiven Spannungsfeld zu verbinden. Bereits 2012 konstatierte die *taz* in Hinblick auf die gewünschte Ächtung internationaler Zwangsmigration, für die die Stiftung und die Anerkennung der deutschen Vertreibungsopfer in einem sich möglicherweise herausbildenden Erinnerungskanon nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendigerweise miteinander zusammengebracht werden:

»Was aber spricht gegen einen möglichen Erinnerungskonsens, der die zentrale Täterschaft der Deutschen als selbstverständlichen Fakt voraussetzt und alle Opfer einschließt? Nichts, gerade mit Blick auf die Zukunft. Denn die Frage ist berechtigt: Wie kann man in Deutschland ethnische Vertreibungen anderswo ächten, wenn man Zwangsumsiedlungen von mehr als zehn Millionen Deutschen stillschweigend gutheißen?«<sup>191</sup>

187 »Eine solche Perspektive verformt das tatsächliche Bild der Geschichte.« (»Taka perspektywa deformuje rzeczywisty obraz historii.«) Machcewicz: *Spory o historię 2000-2011*, 2012, S. 250.

188 Kopernikus-Gruppe: Mitteilung über die Sitzung der Kopernikus-Gruppe am 30.11./1.12.2007, 2007.

189 Piskorski: *Zwangsmigrationen im Kontext des Zweiten Weltkriegs*, 2014, S. 175.

190 Ebd., S. 175f.

191 Reinecke: *Die Front weicht auf*. *taz*. 05.09.2012.

### 7.1.7 Zusammenführende Betrachtung

Wenn wir die Überlegungen des Konzeptionspapiers gemeinsam mit den Erörterungen aus Kapitel 3 und den Überlegungen zu den Anforderungen eines modernen Museums Revue passieren lassen, stechen zwei Elemente der geplanten Dauerausstellung beispielhaft hervor, die der historischen Komplexität sowie einem multiperspektivischen und damit in verschiedene Richtungen anschlussfähigen Ansatz gerecht werden. Zum einen wird mit der Diskussion der thematisch entscheidenden Begriffe in ihrer sprachlichen und nationalen Vielfalt die eigene Wahl transparent, zum anderen werden verschiedene Deutungsmuster vorgestellt. So treten die Ausstellungsmacher dem Besucher als Akteur und mit Angeboten gegenüber. Am Beispiel des vielfältigen Geschehens der letzten Januarwoche 1945 können, didaktisch ansprechend, die gesamte Komplexität von Täter- und Opferschaft in ihren Graustufen, die bis zuletzt wahnschaft fortgeföhrten nationalsozialistischen Verbrechen, vor allem die Shoa, ebenso wie die zwiespältige Rolle der Roten Armee als Befreier, Besatzer und Täter zugleich, gezeigt werden.

Positiv fällt ebenfalls auf, dass Opfer- und Täterperspektiven zu Wort kommen und man sich so um ein tiefergehendes Verstehen jenseits simplifizierender Narrative bemüht. Sollten, wie angestrebt, eine tatsächliche Multiperspektivität und Transparenz den Charakter der gesamten Ausstellung prägen, kann die zukünftige Stiftung nicht nur ein Ort der Information sein, sondern eine neue Ebene der Aushandlung über Flucht und Vertreibung der Deutschen erreichen. Ohne politisch vorschnelle und historisch verkürzende Gleichsetzungen vorzunehmen, kann mit der Hervorhebung der aktuellen Relevanz des Themas Zwangsmigration Empathie sowohl für die Schicksale der Flüchtlinge und Vertriebenen am Ende des Zweiten Weltkrieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit wie auch für die gegenwärtigen Zwangslagen von Millionen von Menschen gewonnen werden.

Der gelegentlich von Kritikern des Zentrums gegen Vertreibungen oder des »Sichtbaren Zeichens« einmal geforderte und dann wieder heftig kritisierte Ansatz,<sup>192</sup> die Vertreibung der Deutschen in einer Reihe mit weiteren Flucht- und Vertreibungsbewegungen zu zeigen, wird in dem Konzeptionspapier im Gegensatz zu den frühen Überlegungen des ZgV in einen Kompromiss gefasst: Das Zeigen anderer in Deutschland und auch anderswo oft unbekannter Zwangsmigrationen wie die der Karelier oder der Polen aus den *kresy* ordnet zum einen die Vertreibungen der Deutschen historisch sinnvoll in die im 20. Jahrhundert zu ihrem traurigen Höhepunkt geführte Sozialtechnologie der gewaltsausübung Massentransfers von Bevölkerungen sowie in das bis zur Obsession gestiegerte Ideal des ethnisch homogenen Nationalstaates ein. Zum anderen kann die Stiftung diesen besonders für Ost- und Südosteuropa bedeutenden und eben oft zusammenhängenden Ereignissen einen festen und ihrer Bedeutung angemessenen Platz in der Mitte Europas geben. Der Kompromiss zeichnet sich dadurch aus, dass die Vertreibungen der Deutschen noch stärker als im Konzept von 2012 und beim Zentrum gegen Vertreibungen in den Kontext des Zweiten Weltkrieges eingeordnet werden, was

<sup>192</sup> Raabe; Velder: »Flucht, Vertreibung, Versöhnung«, 2010.

den von linksliberaler Seite in Deutschland sowie allgemein in Polen und Tschechien erhobenen Forderungen entspricht. Der bereits vor 1933 und 1939 von politisch relevanten, nationalistischen Minderheiten in Polen und der Tschechoslowakei geäußerte Wunsch, in einer nahen Zukunft *ohne Deutsche* (und andere Minderheiten) zu leben oder deren Zahl zumindest erheblich zu reduzieren, wird wenig beachtet.<sup>193</sup> Die Stiftung tut aber gut daran, diesen Kreislauf der Nationalismen, der schließlich von den Nationalsozialisten in einen beispiellosen exterminatorischen Rassennationalismus geführt wurde, nur im Ansatz zu thematisieren, denn unabhängig vom historischen Forschungsstand ist ein deutscher »geschichtspolitischer Zeigefinger« in den Nachbarländern nicht vermittelbar.

Zurückhaltung zeichnet sich im Konzeptionspapier auch bei der Thematisierung der Lager ab, in denen Deutsche am Ende des Krieges interniert wurden. Im Gegensatz zu der Entscheidung zur Vertreibung liegt hier unbestritten ein beträchtlicher Teil der Verantwortung für die Art und Weise der Lagerführung bei polnischen und tschechoslowakischen Akteuren vor Ort und damit in dem sensiblen erinnerungskulturellen Feld, in dem aus ehemaligen Opfern Täter wurden. Das Museum in Kattowitz hat allerdings aufgezeigt, wie man sich auch dieser Herausforderung stellen kann, indem man die Täter möglichst konkret als Personen zeigt und so Verallgemeinerungen entgeht.<sup>194</sup> Weiter wird im Papier die Frage der Todeszahlen weitgehend ausgeklammert, nur einmal ist von »Hunderttausenden Toten« die Rede. Dies entspricht ziemlich exakt dem unzureichenden Forschungsstand. Es wäre wünschenswert, wenn die Stiftung hier noch mehr Klarheit schaffen könnte, beispielsweise mit einem Forschungsprojekt, das sich nicht auf die deutschen Opfer beschränken müsste. Dies ist angesichts der Tatsache, dass die Vertriebenenverbände (und nicht nur diese) weiterhin die Opferzahl von zwei Millionen anführen, von besonderer Relevanz. Anschlussfähig an das vorliegende Konzept und historiographisch wertvoll wäre eine Diskussion des Terminus »Vertreibungsopfer«, die anhand der verschiedenen Phasen von Flucht und Vertreibung geführt werden und auch die *Heimatverbliebenen* einschließen könnte.

Die notwendige Darstellung des deutschen Völkermordes an den Juden, ohne die Vertreibungen der Deutschen und anderer Gruppen unzulässig mit diesem zu parallelisieren, ist eine weitere Herausforderung der Ausstellung. Ähnlich wie in Kapitel 3 besprochen, sollen in der künftigen Dauerausstellung, gerade durch das Aufzeigen historischer Verbindungen, die Unterschiede klar verdeutlicht werden.

Eine in Kapitel 3.7 und im deutschen, polnischen und tschechischen Diskurs immer wieder erörterte Frage wird im Konzept von 2017 nicht thematisiert: die Frage nach der Notwendigkeit der Vertreibungen. Auf die Schwierigkeiten der Argumentation für eine damals vorhandene historische Notwendigkeit und die mit ihr verbundene weniger glaubwürdige Ablehnung von Vertreibungen heute wurde schon hingewiesen. Andererseits hat die Anerkennung, dass die Vertreibung der Deutschen, wenn sie denn überhaupt als Frage der eigenen Verantwortung verstanden wird, *nicht* notwendig war, keine Mehrheiten in Polen und Tschechien, zumal mit diesem Verständnis der Vertreibung als Unrecht *und* als Fehler eine Reihe von politischen Implikationen befürchtet

193 Vgl. Deák: Kollaboration, Widerstand und Vergeltung, 2017, S. 269.

194 Kap. 6.3.4, S. 331; Kap. 6.3.5, S. 335f.

werden.<sup>195</sup> In Polen wird zudem zu Recht darauf hingewiesen, dass die Gestaltung der politischen Situation 1945 nicht nur nicht in polnischer Hand lag, sondern das Land auch – trotz des Status als vermeintlicher Kriegsgewinner – seine Ostgebiete und Millionen seiner Bürger die Heimat verloren und 44 Jahre kommunistischer Diktatur bevorstanden. Es ist folglich nur nachvollziehbar, dass die Stiftung diese Frage nicht offensiv aufwerfen will. Ob dies letztlich durchgehalten werden kann, muss sich zeigen. So wäre auch hier, dem Charakter des Konzeptionspapieres entsprechend, ein offensiver, fragender Ansatz wünschenswert. Dem Besucher wird zwar viel abverlangt, wenn er sich auch mit aktuellen Zwangsmigrationen und Bevölkerungstransfers als ‚Lösung‘ langwieriger Konflikte auseinandersetzen soll,<sup>196</sup> aber sein Blick für aktuelle Probleme wird geschärft und auch die Perspektiven der damaligen Situation verdeutlicht.

Jenseits der künftigen Dauerausstellung hat die bisherige Arbeit der Stiftung schon unter Manfred Kittel angedeutet, wie eine sinnvolle Umsetzung des Stiftungsauftrages erfolgen kann. Synergieeffekte zeigten sich mit Institutionen, die nach Meinung einiger Kritiker eher in einem antagonistischen Verhältnis zur SFVV stehen müssten, wie in einer gemeinsamen Ringvorlesung mit der Stiftung Topographie des Terrors oder der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas.<sup>197</sup> Wie oben besprochen, ist es nicht nur geschichtspolitisch sinnvoll, sondern auch historisch notwendig, hier Zusammenhänge und Parallelen ebenso wie Unterschiede zu suchen und aufzuzeigen. In dieser Konsequenz kann die SFVV in der Berliner Erinnerungslandschaft eine wertvolle Ergänzung in einem bereits jetzt vielstimmigen Konzert sein. Sinnbildlich dafür steht die im Deutschlandhaus und der Dauerausstellung durch ein großes Fenster angedachte Sichtachse zur Topographie des Terrors, die aus der Ausstellung heraus unmittelbar den Blick auf einen Erinnerungsort nationalsozialistischer deutscher Verbrechen lenkt.<sup>198</sup> Ohne Frage ist für die zukünftige Arbeit der Stiftung eine weitere Internationalisierung der Kooperationen wünschenswert, durch die auch der Versöhnungsaspekt der Stiftung unterstrichen werden könnte.<sup>199</sup>

Eine Anschlussfähigkeit an die tschechischen und polnischen Erinnerungskulturen ist im Konzept gegeben. Es entspricht zwar weniger den in den Kapiteln 3 bis 5 skizzierten Meistererzählungen, aber diese werden zum Beispiel durch die negative Instrumentalisierung der Volksdeutschen und Sudetendeutschen bei der Zerstörung ihrer Staaten ebenso wie bei der Thematisierung der NS-Verbrechen in ihren Ländern

<sup>195</sup> Vgl. Kap. 5.3, S. 244.

<sup>196</sup> Vgl. zur Renaissance der Zwangsmigration als vermeintliche Lösung von Konflikten: Kap. 8, S. 528f.

<sup>197</sup> Vgl. hierzu z.B. die Veranstaltung »Eine unglaubliche Reise. Von Ostpreußen nach New York« vom 12.12.2013, die die SFVV gemeinsam mit der *Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas*, der *Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum* und der *Stiftung Topographie des Terrors* durchgeführt hat ([www.sfvv.de/de/veranstaltungen/zeitzeugengespr%C3%A4ch/%C2%BBEine-unglaubliche-reise-von-ostpreu%C3%99Fen-nach-new-york%C2%AB](http://www.sfvv.de/de/veranstaltungen/zeitzeugengespr%C3%A4ch/%C2%BBEine-unglaubliche-reise-von-ostpreu%C3%99Fen-nach-new-york%C2%AB); letzter Zugriff: 07.03.2018).

<sup>198</sup> Kellerhoff: Vertriebenen-Stiftung blickt zur Gestapo-Zentrale. *Die Welt*. 30.11.2011.

<sup>199</sup> Vgl. Bahr: Aufrichtiges Gedenken, 2010, S. 65. Karl Schlögel wies schon 2003 im Zuge der Diskussion um das Zentrum gegen Vertreibungen skeptisch darauf hin, dass man eine museale Institution mit einem politischen Versöhnungsauftrag nicht überfordern dürfe und dies auch nicht das Ziel einer solchen Einrichtung sein könne: Schlögel: Nach der Rechthaberei, 2003, S. 32f. Das Konzept von 2017 tut daher gut daran, im Gegensatz zu dem von 2012, den Versöhnungsaspekt weniger pathetisch zu handhaben und den Fokus entsprechend auf Verständigung zu legen.

mit einbezogen. Von einer ursprünglich tief in der Bundesrepublik verankerten und mit dem BdV verbundenen Erinnerungskultur kommend, ist das ein sich der polnischen und tschechischen Seite zuwendender Ansatz, ohne die eigene Erzählung vollständig aufzugeben.

Mit einer gelungenen Umsetzung des ambitionierten Ausstellungskonzeptes, dem erfolgreichen Brückenschlag zu den Nachbarn, auch wenn dieser von einer Vielzahl nicht von der Stiftung beeinflussbarer Faktoren abhängt, und einer sinnvollen Anknüpfung an aktuelle Flucht- und Vertreibungsbewegungen – ohne im Kielwasser schnell lebiger geschichtspolitischer Trends die Gefahr des Kenterns einzugehen –, kann die SFVV zu einem zentralen und in Anbetracht des vorhergehenden Diskurses notwendigen Aushandlungsort der Deutschen und ihrer Nachbarn über dieses die Nationen so sehr trennende und dennoch viel mehr verbindende Thema werden. Wenn sie darauf aufbaut, kann aus ihr ein europäischer und globaler Lernort für das weiter relevante Phänomen der Zwangsmigration entstehen.

## 7.2 Museum des Zweiten Weltkrieges in Danzig

### 7.2.1 Geschichte

Am 8. November 2007 begann die junge Geschichte des MIIW, als der polnische Historiker Paweł Machcewicz in der liberalen *Gazeta Wyborcza* erstmals die Idee formulierte, dass der neue Ministerpräsident Donald Tusk bei seinen Antrittsbesuchen in den europäischen Hauptstädten für ein internationales Museum des Zweiten Weltkrieges in Warschau werben sollte.<sup>200</sup> Machcewicz war geschichtspolitisch kein unbeschriebenes Blatt: Er hatte unter anderem beim Aufbau des Instituts für Nationales Gedenken mitgewirkt, die Geschichtspolitik der PiS-Regierung 2004-2007 angegriffen, sich intensiv mit dem Jedwabne-Pogrom befasst und er publiziert regelmäßig für die liberale *Gazeta Wyborcza*.<sup>201</sup> Ohne Umschweife führt er in seinem Artikel den Hintergrund seines Vorschlags an: das deutsche Gedenken an die Vertreibungen. Zwar sei der gerade gefundene Kompromiss in Deutschland, dass das »Sichtbare Zeichen« unter der Trägerschaft des Deutschen Historischen Museums entstünde, kein Sieg für den BdV, dennoch würden damit die Erwartungen aus Polen nicht ausreichend erfüllt. In einem kurzen Abriss skizziert Machcewicz die Problematik, dass es in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft die Sichtweise gebe, Flucht und Vertreibung viel weniger im Kontext des Zweiten Weltkrieges als in dem der ethnisch homogenisierenden Nationalstaaten und ethnischen Säuberungen des 20. Jahrhunderts zu sehen. Mit dieser Perspektive gehe zwar zumeist einher, dass die Polen im Zweiten Weltkrieg unfraglich Opfer der Deutschen geworden seien, am Ende aber Täter wurden, die sich an unschuldigen Deutschen vergingen. Dem folge eine unzulässige Parallelisierung des Geschehens und des polnischen Handelns mit beispielsweise den serbischen Verbrechen an Bosniern und Albanern in den Balkankriegen. Dieses Narrativ »verformt aber das tatsächliche Bild

<sup>200</sup> Machcewicz: Muzeum zamiast zasieków. *Gazeta Wyborcza*. 08.11.2007.

<sup>201</sup> Pilawski: Über das Tusk-Museum, 2010, S. 68. Vgl. zum Institut: Kap. 5.2, S. 228.